

ANTI-KRIEGS

28. Februar 1991

BERICHT ERSTATTUNG



Die Hoffnungen auf ein Ende des Krieges durch Waffenstillstand, Friedensplan und Panarabischer Friedenskonferenz (den Sprachgebrauch "Naher Osten" vermeiden wir, da dies so wirkt, als sei Europa und die USA der maßgebliche Ausgangspunkt) haben sich zerschlagen. Im Gegenteil: nach unseren Informationen gehen die Kämpfe verstärkt weiter. Die "Informationen" gleichen sowohl von irakischer als auch von alliierter Seite immer mehr reiner Propaganda.

Die Durchsetzung der UNO Resolutionen ist längst nicht mehr das Kriegsziel, sondern die totale Zerstörung der irakischen Armee und die Entmachtung (Ermordung) Saddam Husseins. Während sich die irakische Armee - wie in der UNO resolution 660 gefordert - aus Kuwait zurückziehen will, wird sie von den Alliierten daran gehindert zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Seit der Verabschiedung der letzten Resol. (678) hat die UNO bzw. der Sicherheitsrat keine verbindlichen Aussagen mehr gemacht, geschweige denn die Kampfhandlungen zur Durchsetzung ihrer Ziele überwacht.

Wir veröffentlichen die, uns in diesem Zusammenhang wichtig erscheinenden UNO Resolutionen im Wortlaut. Der Rest der insgesamt 12 Resol. zum Einmarsch des Irak, liegen uns vor und können gerne eingesehen und kopiert werden.

Darmstädter Aktionsforum

Stoppt den Krieg am Golf!

Kein Blut für Öl

Die 12 Resolutionen des Sicherheitsrats zur Golfkrise (Irak-Kuwait)

Resolution 660(1990)

SICHERHEITSRAT – Gegenstand: Irakische Invasion Kuwaits. – Resolution 660(1990) vom 2. August 1990

Der Sicherheitsrat,

- zutiefst beunruhigt über die Invasion Kuwaits durch die Streitkräfte Iraks am 2. August 1990,
- feststellend, daß mit der irakischen Invasion Kuwaits ein Bruch des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit vorliegt,
- tätig werdend nach Artikel 39 und 40 der Charta der Vereinten Nationen,
- 1. verurteilt die irakische Invasion Kuwaits;
- 2. verlangt, daß Irak alle seine Streitkräfte unverzüglich und bedingungslos auf die Stellungen zurückzieht, in denen sie sich am 1. August 1990 befanden;
- 3. ruft Irak und Kuwait auf, unverzüglich eingehende Verhandlungen zur Lösung ihrer Differenzen aufzunehmen, und unterstützt alle diesbezüglichen Anstrengungen, insbesondere jene der Liga der Arabischen Staaten;
- 4. beschließt, bei Bedarf erneut zusammenzutreten, um weitere Maßnahmen zu erwägen, die die Einhaltung dieser Resolution sicherstellen sollen.

Abstimmungsergebnis: +14; -0; =0. Jemen nahm an der Abstimmung nicht teil.

Resolution 662(1990)

SICHERHEITSRAT – Gegenstand: Nichtigkeitserklärung der Annexion Kuwaits durch Irak. – Resolution 662(1990) vom 9. August 1990

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Resolutionen 660(1990) und 661(1990),
- in höchstem Maße beunruhigt darüber, daß Irak seinen »umfassenden und ewigen Zusammenschluß« mit Kuwait erklärt hat,
- erneut verlangend, daß Irak alle seine Streitkräfte unverzüglich und bedingungslos auf die Stellungen zurückzieht, in denen sie sich am 1. August 1990 befanden,
- entschlossen, der Besetzung Kuwaits durch Irak ein Ende zu bereiten und die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kuwaits wiederherzustellen,
- sowie entschlossen, die Herrschaft der rechtmäßigen Regierung Kuwaits wiederherzustellen,
- 1. beschließt, daß die in welcher Form und unter welchem Vorwand auch immer vorgenommene Annexion Kuwaits durch Irak keine rechtliche Gültigkeit besitzt und als null und nichtig gilt;
- 2. fordert alle Staaten, internationalen Organisationen und Sonderorganisationen auf, diese Annexion nicht anzuerkennen sowie jede Maßnahme und jeden Verkehr zu unterlassen, die als indirekte Aner-

kennung der Annexion ausgelegt werden könnten;

3. verlangt außerdem, daß Irak seine Maßnahmen zur Annexion Kuwaits rückgängig macht;
4. beschließt, diesen Punkt auf seiner Tagesordnung zu belassen und seine Bemühungen zur baldigen Beendigung der Besetzung fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Resolution 674(1990)

SICHERHEITSRAT – Gegenstand: Haftung Iraks für alle auf Grund der Invasion entstandenen Schäden in bezug auf Kuwait und dritte Staaten. – Resolution 674(1990) vom 29. Oktober 1990

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Resolutionen 660(1990), 661(1990), 662(1990), 664(1990), 665(1990), 666(1990), 667(1990) und 670(1990),
- unter Betonung der dringenden Notwendigkeit des unverzüglichen und bedingungslosen Rückzugs aller irakischen Streitkräfte aus Kuwait, der Wiederherstellung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Kuwaits und der Herrschaft seiner rechtmäßigen Regierung,
- unter Verurteilung des Vorgehens der irakischen Behörden und Besatzungstruppen, nämlich der Geiselnahme von Staatsangehörigen dritter Staaten und der Mißhandlung und Unterdrückung von Staatsangehörigen Kuwaits und dritter Staaten, sowie der anderen dem Sicherheitsrat berichteten Maßnahmen, wie der Vernichtung kuwaitischer Bevölkerungsregister, der erzwungenen Ausreise von Kuwaitern, der Umsiedlung der Bevölkerung in Kuwait und der widerrechtlichen Zerstörung und Beschlagnahme von öffentlichem und privatem Eigentum in Kuwait, insbesondere auch von Krankenhausmaterial und -ausrüstung, unter Verletzung der Beschlüsse des Rates, der Charta der Vereinten Nationen, des Vierten Genfer Abkommens, der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen und des Völkerrechts,
- mit dem Ausdruck seiner höchsten Beunruhigung über die Situation der Staatsangehörigen dritter Staaten in Kuwait und Irak, einschließlich des Personals der diplomatischen und konsularischen Vertretungen dieser Staaten,
- erneut erklärend, daß das Vierte Genfer Abkommen auf Kuwait Anwendung findet und daß Irak als Hohe Vertragspartei des Abkommens verpflichtet ist, allen seinen Bestimmungen uneingeschränkt Folge zu leisten, und daß Irak nach dem Abkommen insbesondere verantwortlich ist für von ihm begangene schwere Verletzungen desselben, in gleicher Weise wie Einzelpersonen,

sonen, die schwere Verletzungen des Abkommens begehen oder anordnen,

- unter Hinweis auf die Bemühungen des Generalsekretärs betreffend die Sicherheit und das Wohlergehen der Staatsangehörigen von dritten Staaten in Irak und Kuwait,
- zutiefst besorgt über die wirtschaftlichen Kosten und die Verluste und das Leid, die Einzelpersonen in Kuwait und Irak als Folge der Invasion und Besetzung Kuwaits durch Irak entstehen,
- tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

...

- in Bekräftigung des Zieles der internationalen Gemeinschaft, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dadurch zu wahren, daß sie internationale Streitigkeiten und Konflikte durch friedliche Mittel beizulegen sucht,
- unter Hinweis auf die wichtige Rolle, die die Vereinten Nationen und ihr Generalsekretär bei der friedlichen Lösung von Streitigkeiten und Konflikten im Einklang mit den Bestimmungen der Charta gespielt haben,
- höchst beunruhigt über die Gefahren der derzeitigen Krise, deren Ursachen die irakische Invasion und Besetzung Kuwaits sind, die eine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, und in dem Bestreben, eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhüten,
- mit der Aufforderung an Irak, den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere seinen Resolutionen 660(1990), 662(1990) und 664(1990), Folge zu leisten,
- in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, die Befolgung der Resolutionen des Sicherheitsrats durch Irak unter größtmöglicher Zuhilfenahme politischer und diplomatischer Mittel sicherzustellen,

A

1. verlangt, daß die irakischen Behörden und Besatzungstruppen die Geiselnahme von Staatsangehörigen dritter Staaten, die Mißhandlung und Unterdrückung von Staatsangehörigen Kuwaits und dritter Staaten sowie alle anderen Maßnahmen, wie insbesondere auch diejenigen, die dem Sicherheitsrat berichtet worden sind und vorstehend beschrieben werden, die die Beschlüsse des Sicherheitsrats, die Charta der Vereinten Nationen, das Vierte Genfer Abkommen, die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen und das Völkerrecht verletzen, unverzüglich einstellen und unterlassen;
2. bittet die Staaten, in ihrem Besitz befindliche oder ihnen vorgelegte gesicherte Informationen über die von Irak begangenen schweren Verletzungen, die in Ziffer 1 genannt werden, zusammenzustellen und diese Informationen dem Sicherheitsrat zur Verfügung zu stellen;
3. verlangt erneut, daß Irak seinen Verpflichtungen gegenüber den Staatsangehörigen dritter Staaten in Kuwait und Irak, einschließlich des Personals der diplomatischen und konsularischen Vertretungen,

nach der Charta, dem Vierten Genfer Abkommen, den Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen, den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts und den einschlägigen Resolutionen des Rates sofort nachkommt;

4. verlangt außerdem erneut, daß Irak allen ausreisewilligen Staatsangehörigen dritter Staaten, einschließlich des diplomatischen und konsularischen Personals, die sofortige Ausreise aus Kuwait und Irak gestattet und erleichtert;
5. verlangt, daß Irak den sofortigen Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser und den grundlegenden Dienstleistungen sicherstellt, die für den Schutz und das Wohlergehen der kuwaitischen Staatsangehörigen und der Staatsangehörigen von dritten Staaten in Kuwait und Irak, einschließlich des Personals der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Kuwait, notwendig sind;
6. verlangt erneut, daß Irak unverzüglich die Sicherheit und das Wohlergehen des diplomatischen und konsularischen Personals und der diplomatischen und konsularischen Räumlichkeiten in Kuwait und in Irak gewährleistet und nichts unternimmt, um die diplomatischen und konsularischen Vertretungen an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, was auch den Zugang zu ihren Staatsangehörigen und den Schutz ihrer Person und ihrer Interessen einschließt, zu hindern, und seine Anordnungen der Schließung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Kuwait und der Aberkennung der Immunität ihres Personals rückgängig macht;
7. ersucht den Generalsekretär im Zusammenhang mit der fortgesetzten Ausübung seiner Guten Dienste für die Sicherheit und das Wohlergehen der Staatsangehörigen dritter Staaten in Irak und Kuwait, sich um die Verwirklichung der in Ziffer 4, 5 und 6 gesetzten Ziele zu bemühen, insbesondere die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Wasser und grundlegenden Dienstleistungen an kuwaitische Staatsangehörige und an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Kuwait sowie die Evakuierung der Staatsangehörigen dritter Staaten;
8. erinnert Irak daran, daß es nach dem Völkerrecht für alle als Folge der Invasion und unrechtmäßigen Besetzung Kuwaits durch Irak verursachten Verluste, Schäden oder Beeinträchtigungen in bezug auf Kuwait und dritte Staaten sowie deren Staatsangehörige und Unternehmen haftet;
9. bittet die Staaten, im Hinblick auf im Einklang mit dem Völkerrecht möglicherweise zu treffende Regelungen einschlägige Informationen über ihre Ansprüche sowie die Ansprüche ihrer Staatsangehörigen und Unternehmen auf Restitution oder finanzielle Entschädigung durch Irak zu sammeln;
10. verlangt, daß Irak den Bestimmungen dieser Resolution und seiner früheren Resolutionen Folge leistet, widrigenfalls der Sicherheitsrat weitere Maßnahmen nach der Charta ergreifen müssen;
11. beschließt, mit der Angelegenheit stän-

dig aktiv befaßt zu bleiben, bis im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats Kuwait seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat und der Frieden wiederhergestellt worden ist;

B

12. vertraut auf den Generalsekretär, daß er seine Guten Dienste zur Verfügung stellt und diese in der ihm angemessen erscheinenden Weise ausübt und diplomatische Bemühungen unternimmt, um auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrats 660(1990), 662(1990) und 664(1990) eine friedliche Lösung der durch die irakische Invasion und Besetzung Kuwaits verursachten Krise herbeizuführen, und fordert alle Staaten, und zwar sowohl die Staaten in der Region als auch die anderen Staaten, auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen auf dieser Grundlage in Übereinstimmung mit der Charta fortzusetzen, damit sich die Situation bessert und Frieden, Sicherheit und Stabilität wiederhergestellt werden;
13. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat über die Ergebnisse seiner Guten Dienste und diplomatischen Bemühungen Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: +13; -0; =2: Jemen, Kuba.

Irak-Kuwait: Die Resolutionen des Sicherheitsrats

Res.-Nr	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
660	2. 8. 1990	Irakische Invasion Kuwaits	+14, -0; =0
661	6. 8. 1990	Wirtschaftliche Sanktionen gegen Irak	+13; -0; =2
662	9. 8. 1990	Nichtigkeitsklärung der Annexion Kuwaits durch Irak	einstimmig
664	18. 8. 1990	Schutz der Staatsangehörigen von Drittländern in Irak und Kuwait	einstimmig
665	25. 8. 1990	Durchsetzung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Irak	+13, -0; =2
666	13. 9. 1990	Nahrungsmittelsituation in Irak und Kuwait	+13; -2; =0
667	16. 9. 1990	Lage der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Kuwait	einstimmig
669	24. 9. 1990	Besondere wirtschaftliche Probleme von Staaten bei der Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen	einstimmig
670	25. 9. 1990	Einbeziehung des Lufttransports bei der Umsetzung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Irak	+14; -1; =0
674	29. 10. 1990	Haftung Iraks für alle auf Grund der Invasion entstandenen Schäden in bezug auf Kuwait und dritte Staaten	+13; -0; =2
677	28. 11. 1990	Sicherung des Bevölkerungszuwachses Kuwaits	einstimmig
678	29. 11. 1990	Durchsetzung der Resolution 660(1990) mit allen erforderlichen Mitteln	+12; -2; =1

Stand: 30. November 1990

Resolution 678(1990)

SICHERHEITSRAT – Gegenstand: Durchsetzung der Resolution 660(1990) mit allen erforderlichen Mitteln. – Resolution 678 (1990) vom 29. November 1990

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Resolutionen 660(1990) vom 2. August 1990, 661(1990) vom 6. August 1990, 662(1990) vom 9. August 1990, 664(1990) vom 18. August 1990, 665(1990) vom 25. August 1990, 666(1990) vom 13. September 1990, 667(1990) vom 16. September 1990, 669(1990) vom 24. September 1990, 670(1990) vom 25. September 1990, 674(1990) vom 29. Oktober 1990 und 677(1990) vom 28. November 1990 und unter Bekräftigung derselben,
 - in Anbetracht dessen, daß sich Irak trotz aller Bemühungen der Vereinten Nationen unter flagranter Mißachtung des Sicherheitsrats weigert, seiner Verpflichtung zur Durchführung der Resolution 660(1990) und der oben genannten, dazu später verabschiedeten, Resolutionen nachzukommen,
 - eingedenk seiner in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Pflichten und Verantwortlichkeiten zur Wahrung und Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,
 - entschlossen, die uneingeschränkte Befolgung seiner Beschlüsse sicherzustellen,
 - tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,
1. verlangt, daß Irak die Resolution 660(1990) und alle dazu später verabschiedeten Resolutionen uneingeschränkt befolgt, und beschließt unter Aufrechterhaltung aller seiner Beschlüsse, Irak unter Einschaltung einer Pause als Geste des Entgegenkommens eine letztmalige Gelegenheit zu geben, dies zu tun;
 2. ermächtigt die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung Kuwaits kooperieren, für den Fall, daß Irak die oben genannten Resolutionen bis zum 15. Januar 1991 nicht entsprechend Ziffer 1 vollständig durchführt, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660(1990) und allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen;
 3. ersucht alle Staaten, die gemäß Ziffer 2 dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen in geeigneter Weise zu unterstützen;
 4. ersucht alle in Betracht kommenden Staaten, den Sicherheitsrat regelmäßig über den Stand der von ihnen gemäß Ziffer 2 und 3 dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten;
 5. beschließt, mit der Angelegenheit befaßt zu bleiben.

Abstimmungsergebnis: +12; -2: Jemen, Kuba; =1: China.

Die Lösung

Hier in der Ecke
des Marktes
mit dem Monument
der Märchenbrüder

rufe ich aus
meinen Unmut
geb ich kund
meine Hilflosigkeit:
Krieg ist Mord

es ist immer noch
Krieg
und ich kriege
hier am Samstag
den Orden:

"An die Wand stellen
müßt man euch"

H.C.S.

Sieben falsche Beschreibungen - 4 Wochen nach Kriegsbeginn

Rede v. Martin Waas 14.2. 91 Darmstadt - Luisenplatz

Heute abend will ich eine Rede halten gegen die falschen Beschreibungen dieses Krieges, weil ich Zorn habe auf diese Mäntelchen, die man dem Krieg umhängt, damit wir uns an ihn als an ein notwendiges Übel gewöhnen sollen.

Zorn, der auch deshalb so groß ist, weil die Sprachregelungen mich so fatal an 1939 - 1945 erinnern, als ich noch jung war. Zu sieben falschen Behauptungen will ich etwas sagen.

1. Die falsche Beschreibung vom "gerechten Krieg".

Sie ist uralt, so alt wie die Kriege überhaupt. Die Macht-haber aller Zeiten haben mit ihr ihre Untertanen in den Tod getrieben und zum - sogar freiwilligen - Heldentod geloockt. Die Behauptung vom "gerechten Krieg" hat die Millionen Kriegstote auf dem Gewissen und zwar immer auf beiden Seiten!

Ich beschwere mich heute abend gegen die Beschreibungen auf unserer Seite.

Keiner darf gerecht nennen, wenn wir wegen der Ungerechtigkeit einer Regierung ein ganzes Land zerstören, 100.000e von Menschen totschlagen, ihre ganze Region lebensunfähig machen auch für die Überlebenden und kommenden Generationen, wenn wir für die Untaten eines Diktators seine Untertanen bezahlen lassen.

Von allen Möglichkeiten, die es gab, um mit dem Mann aus Bagdad fertig zu werden, war und ist diese die allerungerechteste.

2. Die falsche Beschreibung vom "unvermeidlichen", "uns aufgezwungenen Krieg".

Seitdem ich das Wort vom "uns aufgezwungenen Krieg" am Morgen des 1. September 1939 im Radio aus dem Munde Adolf Hitlers gehört habe, weiß ich, daß man jeden Krieg so verkauft.

Es hat uns niemand gezwungen, uns die Methoden der Gewalttäter vorschreiben zu lassen. Niemand zwingt uns, ihn an Brutalität maßlos zu übertreffen, alles um ihn herum totzuschlagen und kaputtzumachen.

Niemand zwingt uns Menschen der nördlichen Erdhälfte, die wir stolz auf unsere Zivilisation, Kultur, Vernunft und Moral sind, so pathologisch um uns zu schlagen.

Nach dem Krieg, wenn die Pressezensur wieder weg ist, und das, was wir angerichtet haben, nackt da steht, werden wir uns alle schämen - wie 1945. "Wie konnten wir nur!"

3. Die falsche Beschreibung von der "Beistandspflicht der Deutschen".

Müssen wir wirklich aus vermeintlichem "hohem Anstand" unsere Freundschaft mit den Verbündeten beweisen, indem wir diesen Krieg mitführen - mitbezahlen - mitsterben?

Ist es wirklich an der Zeit - wie wir hören - als wieder großgewordene Nation - 1945 endgültig zu begraben und wieder dabei zu sein, wenn Kriege geführt werden müssen? Nein!

Wir Deutsche haben und behalten nach dem 2. Weltkrieg, den wir zu verantworten haben und nach Auschwitz, nderen total anderen Platz in der Weltgeschichte.

Vor einem Jahr hat unser Bundeskanzler, als die Welt Angst bekam vor einem wieder vereinigten großen, starken Deutschland es feierlich - in unser aller Namen - aller Welt bestätigt und festgelegt:

"Nie wieder wird Krieg von deutschem Boden ausgehen!"

Dieser uns seit 1945 gebührende Platz verpflichtet uns zu einem radikalen "NEIN"!

NEIN zu den Kriegstransporten von deutschem Boden aus, der Air Base Rhein Main. NEIN zu den deutschen Milliarden zur Kriegsfinanzierung.

NEIN zu deutschen Soldaten an die Kriegsfront. Damit müssen wir mutig und standhaft bleiben, auch gegenüber unseren Freunden und dem Gerede von den "deutschen Feiglingen".

Und das "Große" und "Wichtige" sind dann immer die wirtschaftlichen - militärischen - politischen Interessen.

Und das "Kleine" ist das Schicksal der betroffenen Menschen, ihr Sterben, ihr zerstörter Lebensraum:

"unvermeidlich" - "leider" - "wo gehobelt wird, da fliegen eben Späne".

Und die Friedensbewegung soll darüber kein solches Gezeter machen, mit ihrem Mitgefühl. Aber am Ende wird von den sogenannten "Hauptsachen", für die Kriege geführt werden, nichts übrigbleiben.

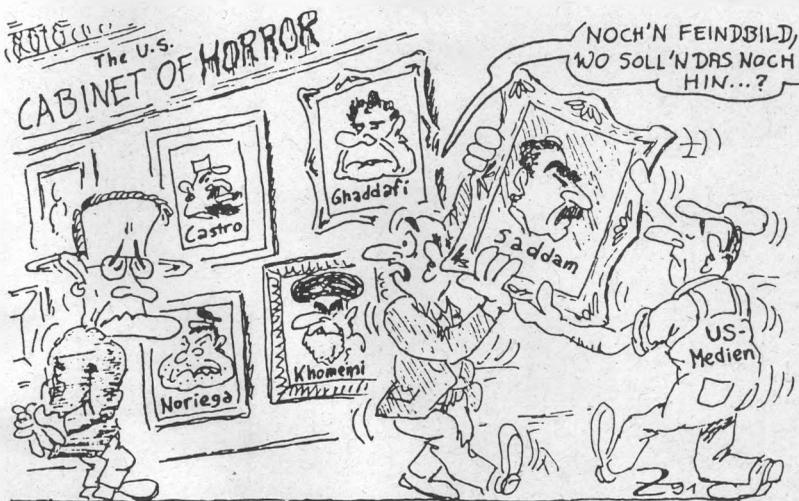
Und die sogenannten "Nebensachen" werden das Ergebnis des Krieges sein - Schutt - Asche - Leichen, Leichen (nicht nur die 400, die sie uns zufällig mal zeigen) - verbrannte Erde - ein neues totes Meer und Haß! Haß! Haß! - der die Welt vergiftet.

"Wie konnten wir nur so verblendet sein, das für Nebensachen zu halten? Dieses Ende jetzt schon spüren, jetzt schon sehen - ist das Gebot der Stunde. Die Friedensbewegung ist wichtiger als je!"

5. Die falsche Beschreibung vom "regionalen Krieg am Golf".

Regional - als sei er fern, bald wieder vorbei, alles wieder in Ordnung.

Dieser Krieg ist von Anfang an ein Krieg der ganzen alten nördlichen Welt. Der Ost - West - Konflikt schien eini-



4. Die falsche Beschreibung von den "leider notwendigen Opfern".

Die Logik des Krieges verführt uns, zu unterscheiden, zwischen Wichtigem und Unwichtigem - zwischen Haupt- und Nebensachen.

germaßen beigelegt. Man hat den Rücken frei. Jetzt kann es an die Nord - Süd - Auseinandersetzung gehen. Der Mann in Bagdad, so lange groß gepöppelt, als "unser Mann im Osten" gegen den Iran - so Bush - wird zur Gefahr - für den Lebensstandard der nördlichen Halbkugel.

Deshalb muß in konzentrierter Aktion und zur Sicherung der militärischen Vormachtsstellung ihm und allen anderen in der 3. Welt durch ein abschreckendes Beispiel gezeigt werden, wer der Herr der Welt - war, ist und bleiben wird. Weh dem, der auch groß und stark sein will und haben, was Amerika und Europa und Japan und Israel haben. Da gerät der Norden in Panik. Regionaler Krieg am Golf? Er ist der Ausdruck unseres Lebens auf der nördlichen Halbkugel auf Kosten des Südens, ist Ausdruck unseres Willens, dies Ungleichgewicht zu erhalten.

6. Die falsche Beschreibung vom Krieg als "Ausführung des UNO - Beschlusses".
Kuweit befreien - wollte die UNO.
Kuweit zerstören - tun die Kriegsführenden.
Kuweit war der Anfang - Bagdad ist das Ziel.
Wer fragt noch nach der UNO - Resolution?

Gibt es einen gerechten Krieg?

(A. Schlossarek, Da., Luisenplatz, 14.2.91)

Eine leicht verständliche, praktikable Unwahrheit ist nützlicher, als eine verwickelte, unbegreifliche Wahrheit.

Die Parolen vom gerechten Krieg auf der einen und vom heiligen Krieg auf der anderen Seite sind solche verständlichen, praktikablen Lügen. Sie sollen die direkt kämpfenden dazu bringen, ihr Leben zu geben für die ungenannten Ziele der Kriegführenden, und das Hinterland ruhig und opferbereit halten. Heldenmut und Opferbereitschaft werden gepriesen, und angesichts einer Kriegsbesoffenheit wird jeder Gegner des Krieges als Verbündeter des Gegners hingestellt.

Aber:
Ist es nicht gerecht einen Massenmörder, der Iraner und Kurden vergast hat aufs Haupt zu schlagen? Doch was ist, wenn statt ihm die von ihm beherrschten Massen massenhaft umgebracht werden? Ein ganzes Land verwüstet wird?
Bisher 32 irakische Raketen auf Tel Aviv oder Haifa sind Raketen-Terror! Aber was sind 3000 Bombenangriffe auf Irak und Kuwait am vergangenen Wochenende? Bisher fiel mehr als das Doppelte der Sprengkraft der Bomben des II Weltkriegs auf Irak.

Die Menschenrechte werden durch Irak verletzt, das Völkerrecht gebrochen - richtig! Wie hat es der selbst ernannte Weltpolizist USA bisher damit gehalten? Vietnam, Chile, Israel, El Salvador, Nicaragua, Grenada, Panama?

Hohe US-Diplomaten erklärten noch im April 1990 gegenüber der irakischen Regierung, sie würden sich aus "innerarabischen Konflikten" in Sachen Kuwait 'raushalten. Eine wahre Einladung für Saddam Hussein, - ausgerüstet mit NATO-Bunkern und -Waffen, der bis vor drei Jahren noch liebevoll "unser Mann in Bagdad" genannt wurde!

Die Militärmaschinerie läuft. Friedensinitiativen? Nicht mehr interessant. Erst jetzt - vier Wochen nach Kriegsbeginn, kommt der Weltsicherheitsrat zum erstenmal zusammen - hinter verschlossenen Türen - ohne Kritiker. Vier Wochen wurde er total blockiert.
Die UNO? Steht abseits - Zuschauer - machtlos - der Krieg hat sich verselbstständigt.

7. Die letzte falsche Beschreibung: "Der Krieg als Weg zur neuen guten Weltordnung im Nahen Osten - leise oder laut - unter amerikanischer Führung."
Eine neue Weltordnung: Besser als die "pax romana" vor 2.000 Jahren?
Besser als die Ordnung unter den Kolonialherren vor 100 - 200 - 300 Jahren?
Und wenn der Krieg weiter eskaliert? Dann gibt es im Nahen Osten nichts mehr zu

ordnen. Die Probleme sind gelöst in einer toten Region, die einmal "Naher Osten" hieß.
Wollen wir darauf warten? Der Krieg muß aufhören! Jetzt! Sofort! Möglichkeiten, Vorschläge dazu, die durchführbar sind gibt es genug. Der Krieg ist kein Weg zu einer neuen guten Weltordnung. Nur der Friede jetzt - kann noch etwas retten. Jeder Tag wird schlimmer für die Welt, für die Menschen. Unsere Kundgebungen auf dem Luisenplatz werden von Donnerstag zu Donnerstag wichtiger, not - wendiger: den Krieg am Golf jetzt zu stoppen!



Mit der Parole "Kein Blut für Öl" hat die Bewegung gegen den Golfkrieg genau ins Schwarze getroffen. Nimmt man heute die 50 größten Konzerne der Welt oder die 50 größten Konzerne eines der fünf reichsten Länder der Welt (USA, BRD, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien,...), dann gilt als Faustregel: die Hälfte des gesamten Umsatzes entfällt auf Ölgesellschaften, Autokonzerne, Ölverarbeitende Industrie, Reifenindustrie. D.h., die mit Öl verbundenen Firmen bilden in dieser Welt das entscheidende Kartell. Ihre Interessen bestimmen in hohem Maße die Weltpolitik. Zweidrittel der bekannten Ölvorräte sind im Bereich der OPEC-Staaten. Die bekannten Ölvorräte reichen noch 4-5 Jahrzehnte - da ist es für die wirtschaftlich angeschlagene Weltmacht USA sehr nötig, ihre Vormachtstellung gegenüber der übrigen Welt durch Kontrolle der wichtigsten Ölfelder und durch Militärmacht zu zementieren.

"Energy safety is national safety" - sagte Us-Präsident Bush - und er meint das auch so! Wenn der Stoff knapp wird, geht der Junkie dem Dealer an die Kehle. Die Sucht, nach dem Stoff aus dem die Industrie-Träume sind, hat die früheren Kolonialmächte in den Nahen-Osten getrieben.

Die Kolonialmächte haben die Grenzen im Nahen- und Mittleren-Osten mit gezogen und dafür gesorgt, daß der Staat Israel auf palästinensischem Land vor 43 Jahren entstanden ist. Nach dem Motto: "Hammer statt Amboß sein" haben sich viele der ehemals unterdrückten, gemordeten und geknechteten Juden für den Hammer entschieden. Das mag nach Auschwitz verständlich sein - ist in seiner Konsequenz aber gefährlich! Auch für sie selbst.

Denn: es kann nicht Recht sein, eigenes, erlebtes Unrecht zu rächen - noch

dazu an einem Volk, den Palästinensern, das an den Ursachen ganz unbeeiligt war.

Wenn auch Grüne Abgeordnete dieser Tage nach Israel fahren, so frage ich mich, was sie dazu treibt. Ich denke nicht, daß sich unter ihnen Leute befinden, die an Giftgas-Fabriken mitgebaut haben oder für ihren Vertrieß in den Irak gesorgt haben. Ich werde mich als nunmal Deutscher hüten, für diese dreckigen Geschäfte mit dem Tod die National-Mitverantwortung zu übernehmen. Ist ein solcher Besuch Solidarität mit der bedrohten Bevölkerung, oder eine Demutsgeste vor der israelischen Regierung?

Grün ist die Hoffnung. Und ich habe die Hoffnung, daß die Politiker, die jetzt, anders als Frau Süßmuth, Israel bereisen, auch die brutale Kriegspolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern angreifen, Kontakte zu Palästinensern suchen und damit der israelischen Regierung klar machen, daß ihre Haltung gegenüber militärischer Gewalt prinzipiell ist.

Was die USA in diesem Konflikt zunehmend unglaubwürdig macht, ist ihre doppelte Moral gegenüber Menschen- und Völkerrechts-Verletzungen. Wenn

es überhaupt noch möglich ist, diesen ausgebrochenen Wahnsinn zu stoppen, dann nur durch eine prinzipielle Haltung gegenüber der kriegerischen Konfliktlösung.

Es war ob der Gewalt der USA gegenüber Grenada ebenso richtig New York und Washington zu schonen, wie es richtig war, von der Bombardierung Moskaus abzusehen, als Truppen der UdSSR in Afghanistan einmarschierten. Israel ist genauso wenig als Aggressor gegenüber den Palästinensern zu vernichten, wie Irak als Aggressor gegenüber Kuwait.

Auch wenn eigentlich schlaue Köpfe wie Enzensberger oder Biermann Begründungen gerade für diesen Krieg aufsitzen und das Lied vom Tod mitsingen sage ich: Auch gegenüber einem skrupellosen, gewalttätigen Diktator eines Landes der Dritten-Welt ist der Krieg ein Ultima irratio - ein Wahnsinn, für den jetzt schon hunderttausende Unschuldige direkt oder indirekt (durch ausbleibende Nahrungsmittel/Vergiftung der Ernte,...) ihr Leben verlieren. Ganz zu schweigen von den Schäden, die dieser Krieg an unserem Planeten langfristig hinterläßt. Die Meister des Krieges spielen mit unserer Welt, als hätten sie noch ein parr in Reserve.

Der Wahnsinn diese Krieges darf uns nicht blind machen. Wir müssen unser Denken im Nationalen überwinden. Irak ist nicht Saddam Hussein, USA nicht George Bush, Israel nicht Shamir, und Deutschland nicht Kohl, Siemens oder MBB. Entweder wird dieser Krieg von den Friedensbewegten Frauen und Männern der Welt gestoppt - oder er wird beendet in den Bedingungen des Krieges.

Die Täter von gestern sind die Wafenhändler und Kriegstreiber von heute (Gewinne = Einfluß auf die Politik). Die Opfer von heute sind die Täter von morgen. Es kann nicht richtig sein, mit scheinbar gerechten Militärationen heute die Grundlage dafür zu legen, morgen auf einen noch brutaleren, noch grausameren Krieg zu zusteuern. Selbst wenn die USA nur Freiheitsglaube und Gerechtigkeitssinn in den Nahen-Osten bringen wollten und keine eigenen Machtinteressen im Spiel wären - selbst dann wäre dieser grausam Krieg mit all der uns wahrscheinlich noch bevorstehenden Eskalation bis hin zum Risiko des Einsatzes von ABC-Waffen durch nichts zu rechtfertigen.

Was soll das für eine neue Weltordnung sein, was für eine Führungsmacht ist das, die uns jetzt schon an den Rand einer Weltkatastrophe geführt hat?

Es klingt ohnmächtig, das heute hier von diesem Platz aus zu sagen. Aber diese Massenvernichtungsmaschinerie löst kein Problem auf keiner Seite - es schafft einen Berg neue. Für Irak, für die USA, für Israel und auch für die Länder, die nicht direkt am Krieg beteiligt sind.

Wir dürfen dazu nicht schweigen, und uns nicht zu Duldern und Neokolonialen Komplizen der Massenmörder machen. Wer schweigt stimmt zu - Wir schweigen nicht!

Ärger mit Behörden? Nachbarn? Vorgesetzten?
Diesem Scheißstaat?

Rent-a-Demo[©] hilft Ihnen.

Nutzen Sie Ihr Grundrecht auf Widerstand!
Wählen Sie aus unserem reichhaltigen Angebot!

- ★ **Mini-Demo:** (für Preisbewußte): 1 Original-Hausbesetzer auf Öko-Fahrrad. Dauer: 5 Minuten
- ★ **Standard-Demo:** 30 Teilnehmer, teilweise verummmt, inkl. 1 Liedermacher. Dauer: 30 Minuten
- ★ **Super-Gala-Demo:** (für den verwöhnten Geschmack): 100 Teilnehmer, inkl. 15 Punker, 3 Kleinkinder, 2 ev. Pastoren (mit Talar 10% Aufschlag) sowie garantiert echte mittelamerikanische Freiheitskämpfer*. Dauer: 90 Minuten
*Stillende Mütter auf Anfrage

Achtung Sonderangebot!!!
Solange der Vorrat reicht, gibt es zu jeder Demo einen Pastor zusätzlich gratis.

Ich fühle mich provoziert und bestelle hiermit eine Demo in der Ausführung
 Mini Standard
 Super-Gala

Friedensaufruf des Präsidenten der Vereinigten Staaten (53) von Amerika

Nachdem der US - Konzern Mac Donald auf Helgoland einen Stützpunkt der Abschreckung installiert hat, ist das Territorium der BRD von der westlichen Seeseite her 100%ig gegen territoriale Übergriffe der Alliierten (mit Ausnahme der Amerikaner, versteht sich) auf dem Nachhause - Weg abgesichert (zur Beruhigung: die Schnitzel und die D - Mark bleiben im Lande).

Vorschlag von uns:

1. Moralische Zermürbung durch Installation einer Mac Donalds Abschreckungs - Kette rings um den Irak.
2. Durch extreme Verdichtung der Kette wäre ein Rückzug aller noch lebender Iraker auf das Stadtgebiet von Bagdad denkbar.
3. Durch massives, großflächiges Eindecken der Bevölkerung mit einer Genußmittelschwemme werden die irakischen Soldaten zur Aufgabe gezwungen.
4. Die Alliierten könnten ohne weitere eigene Verluste Kuwait und den Irak überrollen und in der menschenleeren sowieso verseuchten Wüste viele neue Waffen ausprobieren (ohne z.B. noch extra ans Murora - Atoll fahren zu müssen).
- 4 1/2. Dann kann immer noch mit dem Wiederaufbau begonnen werden, damit können sich die illegalen mexikanischen Einwanderer (die sowieso als Soldaten dort sind) die US-Staatsbürgerschaft verdienen.
5. Für die Medien wären von Anfang an überall nur glückliche, kauende (es geht ihnen ja gut) GI's und GI'Innen zu sehen.
6. Für den 53ten Amerikanischen Bundesstaat zur Wahrung des Komforts der Amerikanischen Energieverbraucher/Innen.

ERSTUNTERZEICHNETE: G. Bush (Menschenhändler); Herr Kaiser (Hamburg-Mannheimer); Kuno Köddel (Vorsitzender des Hundezuchtvereins zum Schutz tieffliegender Rauhaardackel); Helmut Schmidt; Alfred E. Neumann (Erbsenzüchter); Johannes Paul II (Präservativautomatenvertrieb Schwabing e.V.); Franz J. Strauß (Waffenhändler); H. Kohl (Finanzmakler).

WIDERSTAND

Thüringen

Aus Erfurt, Weimar und Jena wird gemeldet, daß die Zahl derjenigen, die täglich protestieren, nicht sinkt, sondern eher wächst. Schüler und Schülerinnen besetzten das Erfurter Rathaus und erreichten, daß der Magistrat der Landeshauptstadt zur "Friedensstadt" erklärte. Seitdem weht vor dem Rathaus eine weiße Fahne. Am Kreiswehrersatzamt steht in großen Buchstaben "Soldaten, weigert Euch - Kohl, kommst Du mit an den Golf?"

Potsdam

Der Brandenburger Landtag eröffnete seine Sitzung am 30. Januar mit einer Gedenkminute für die Opfer des Krieges und zog auf Vorschlag der PDS - Fraktion geschlossen (!) von 12 bis 12.10 Uhr vor das Landtagsgebäude, um unter der Parole zu demonstrieren: "Kein Blut für Öl - Schluß mit dem Krieg im Nahen Osten!"

Berlin

Schon wenige Tage nach Kriegsbeginn fanden sich 1000 DemonstrantInnen um 5 Uhr morgens vor Siemens ein, um die 6 Tore zu blockieren und damit klarzumachen, "daß dieser Krieg nicht weit weg von unserer Haustür abläuft." Räumungsaufforderungen wurden nicht befolgt. Die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein. Es gab etliche Verletzte.

Bremerhaven

Etwa 10.000 Menschen beteiligten sich an einer Blockade gegen die Carl-Schurz-Kaserne, dem größten US-Militärumschlagplatz hierzulande. Die Hauptforderungen: "Keine Verschiffung von Waffen für den Golfkrieg. Keine Beteiligung der BRD am Krieg!"

Halle

Nach einer Demonstration besetzten 200 KriegsgegnerInnen das Hallesche Stadtparlament. Zu den Forderungen, die daraufhin mit einer Stimme Mehrheit gegen den Protest der CDU-Fraktion und vor einer offensichtlich ratlosen Sitzungspräsidentin angenommen wurden, gehörte auch der Satz: "Sollte es zum Einsatz deutscher Soldaten im Golfkrieg kommen, gewährt die Stadt Halle Kriegsdienstverweigerern Schutz."

NATIONAL UND INTERNATIONAL

Bremen

Im Knast Oslebshausen ist es in der Nacht vom 16. auf den 17.01.91 zu einer Protestaktion von sieben Gefangenen gekommen. Sie zogen mit Transparenten, auf denen die Parole "Kein Blut für Öl!" stand, durch den Knast. Alle Gefangenen bekommen für die Bemalung der Bettlaken jetzt ein Verfahren wegen Sachbeschädigung an den Hals. (eigene Quelle)

Syrien

Bei Anti-Kriegs-Demonstrationen gab es Zusammenstöße zwischen der Polizei und DemonstrantInnen. Es folgte eine große Verhaftungswelle. (Radio Algerien, 29.01.91)

Marokko

Einige marokkanische Soldaten, die nicht gegen den Irak kämpfen wollten, sind in Saudi-Arabien hingerichtet worden. (Radio Teheran, 31.01.91)

Ägypten

Die Opposition Ägyptens ist einer zunehmend massiveren Repression ausgesetzt. Um öffentliche Stimmen gegen die Beteiligung Ägyptens auf Seiten der Alliierten zum Schweigen zu bringen (Demonstrationen sind seit Beginn des Krieges verboten), werden vornehmlich JournalistInnen unter dem Vorwurf, militärische Geheimnisse verraten zu haben, vor Militärgerichte gestellt. Der ägyptischen Organisation für Menschenrechte sind inzwischen 15 Verhaftungen im Zusammenhang mit Flugblattverteilungen und anderen kleinen Aktionen gegen den Golfkrieg gemeldet worden. (taz, 07.02.91)

New York

Die "International Jewish Peace Union, New York" meldet am 14.1.: Jüdische Friedensorganisationen und AktivistInnen kündigten heute ihre fortgesetzte Opposition zum von den USA geführten Krieg im Persischen Golf an. Sie kritisierten Israels Regierung, daß sie versäumt habe, palästinensische ZivilistInnen in den besetzten Gebieten zu schützen. "Wir forderten während der letzten sechs Monate zu Verhandlungen auf und fordern jetzt zum Waffenstillstand auf", sagte ein Sprecher für mehrere jüdische Organisationen.

Spanien

Mehrere zigtausend KriegsgegnerInnen beteiligten sich am 3.2. an Märschen auf die spanisch-amerikanischen Militär-Stützpunkte Torrejon bei Madrid, Moron bei Sevilla und Rota bei Cadiz. Alle drei Stützpunkte, sowie der Luftwaffenstützpunkt in Sagrassa, sind intensiv in die Nachschubbewegungen der USA für den Golfkrieg eingespannt. Von Moron starteten B 52-Bomber zu Angriffen auf den Irak.

Die DemonstrantInnen forderten die Schließung der Stützpunkte und den Rückzug der drei spanischen Kriegsschiffe aus dem Konfliktgebiet. Für die Märsche waren große Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden.



Ägypten

Hunderte ägyptische Studenten demonstrierten an der Universität in Kairo. Sie verbrannten Bilder von Bush und König Fahd.

Indonesien

Studenten stürmten gestern das Parlament des Landes, um gegen Repressionen seitens der Polizei und bewaffneter Militäreinheiten gegen Anti-Golfkriegs-Demonstranten zu protestieren. Die Studenten forderten, daß sie mit einigen Parlamentsabgeordneten sprechen können, um über gewalttätige Ausschreitungen der Beamten reden zu können.

Algerien

Zahlreiche Studenten haben heute in Algier gegen den Krieg demonstriert. Auf Transparenten waren anti-amerikanische Parolen zu lesen und viele Studenten trugen Bilder mit dem Konterfei von Saddam Hussein.

Der Zorn der anti-amerikanischen Protestaktionen in der arabischen Welthälfte weiter an. In der Hauptstadt Algier schlossen am 21.2.91 nahezu alle Geschäftsleute ihre Läden und maschierten zum Büro der UNO. Dort forderten die Demonstranten die UNO auf, sich am Golf einzumischen und dem Massaker an der irakischen Bevölkerung ein Ende zu bereiten.

Pakistan

Auch in mehreren pakistanischen Städten verdammt Demonstranten den blutigen Krieg gegen die irakische Bevölkerung.

20.2. pers. Kontakt
Ende Februar wird sich in Witzenhausen (bei Göttingen) eine Karawane, bestehend aus einem Pferd, einem Dromedar und vielen Menschen auf den Weg nach Frankfurt / Main begeben. Sie führen einen Pflug und Weizen mit sich, der für die Frühjahrssaat an der Rhein-Main Air Base benötigt wird.
Voraussichtliche Ankunft ist in drei Wochen, wo sie u.a. von vielen DarmstädterInnen empfangen werden...

Ägypten

Nach Angaben der ägyptischen Polizei hat es bei gestrigen (25.2.) Auseinandersetzungen zwischen Studierenden und Polizisten zwei Tote und 30 Verletzte gegeben.

Spanien

In Barcelona und umliegenden Städten demonstrierten am 24.2. über 25.000 Menschen gegen den Beginn der Bodenoffensive. Organisiert wurden die Demos von Friedensgruppen und Gewerkschaften.

Dokumentation

Im folgenden dokumentieren wir wesentliche Passagen des Bekennerschreibens zum Brandanschlag vom 9.2.91 auf die juristische Fakultät in der Goßlerstraße. Mensch wird über diese Aktion verschiedener Meinungen sein. Gleichwohl finden wir es wichtig, diese Aktion für die Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen; es gehört zu unserem Anspruch, Forum zu sein für alle, deren Meinung in den bürgerlichen Medien zensiert wird.

"Die neue Weltfriedensordnung bedeutet Krieg! Wir bekämpfen diesen Frieden bis zum Sieg!

Seit mehreren Wochen wütet der offene Krieg am Golf. Jeden Tag sterben hunderte/tausende von Menschen. Die USA und ihre Verbündeten verkünden die 'neue Friedensordnung', die durch diesen Krieg einkehren soll. Ihre Friedensordnung ist die Unterwerfung der Menschen unter das, was sie 'Frieden und Demokratie' nennen.

Das gilt für die Völker der sogenannten Dritten Welt, für die Völker im Osten, im Nahen Osten und ebenso für die Menschen die im Inneren dieser mächtigen Staaten leben.

Für das, was die BRD mit neuer Friedensordnung meint und wie sie im Inneren durchgesetzt werden soll, daran arbeitet unter anderem das Institut für Strafrecht an der Universität Göttingen. Wir haben am 9.2.91 dieses Institut angegriffen. Hier

- werden Gesetze zum Einsatz von Under-Cover-Agents, politischer Lockspitzel erarbeitet (Forschungsbereich Burghardt)

- weitere geheime Forschungen gemacht, die BKA-Verschlusssache sind, arbeiten Ministerialdirigenten sowie Staatssekretäre und hohe Richter und betreiben ihre 'Forschungen',

- wird die Kontinuität des Faschismus an der Person von Schaffstein hochgehalten; er wird für seine Forschung gewürdigt; er allein hat die HJ-Gesetze (Hitler-Jugend) sowie das heutige Jugendstrafrecht der BRD ausgearbeitet (bruchlos),

- werden Modelle entwickelt, 'runder Tisch' genannt, an denen die Angeklagten mit Richter und Staatsanwalt gemeinsam über ihre Strafe entscheiden sollen; sie sollen ihren Knast als angemessen und gerecht akzeptieren (Gehirnwäsche).

Diese hier entwickelten Gesetze sollen als neue Polizeigesetze demnächst vom

Bundestag verabschiedet werden. Konkret wird zum Beispiel folgendes juristisch abgesichert: Ein Bullenspitzel betritt als Handwerker getarnt Wohnungen von 'Verdächtigen' oder deren Freundinnen und schnüffelt darin herum. Die gemachten Beobachtungen kann er danach z.B. vor Gericht als Zeuge den Leuten zur Last legen. Er behält seine Pseudo-Identität als Handwerker vor Gericht bei. (...)

Schon heute ist der 'demokratische Rechtsstaat' ein Synonym für die umfassende Kontrolle und Manipulation der Menschen (jetzt ganz offen die zensurierte Kriegsberichterstattung). (...)

Trotz tausendfachen Sterbens am Golf finden wir es wichtig, die Forderung nach Zusammenlegung (der politischen Gefangenen, Red.) nicht zu vergessen. Die Gefangenen sind deshalb gefangen, weil sie für eine gerechtere Welt ohne Kriege, Vernichtung und Hunger gekämpft haben und kämpfen. Und deshalb ist ihr Kampf nicht von unserem zu trennen. (...)

Die Frage, die jetzt viele haben: Wie können wir den Krieg beenden, wie den Faschisierungsprozeß stoppen?

Diese Aktion war für uns eine Möglichkeit, ein Schritt. Es ist jetzt wichtig, daß alle, die diese Walze aufhalten wollen, mit denen, die ihnen nahe sind, darüber reden, was sie machen können. Deshalb diskutiert, desertiert, boykottiert, sabotiert überall, wo Ihr Möglichkeiten seht.

Nur so kann es weitergehen und etwas Neues untereinander entstehen. Das Vertrauen zueinander ist ganz wichtig, und daß wir zusammenhalten. Es hat gerade erst angefangen!

Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen am Golf! Abzug aller fremden Truppen! Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Westeuropa! Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen! Hafensstraße bleibt!

Eine kämpfende Einheit"



21.2. Deutsche Welle 18.15 h
Der Oberkommandierende der Alliierten, Schwarzkopf plant einen "Hochgeschwindigkeitskrieg" mit noch nie dagewesener Gewaltanwendung.

24.2. Radio Iran 21.30 h
John Major erklärte heute, daß es keine Gründe zur Verlegung des Zeitplans der Bodenoffensive gegeben hätte. (Anm. d. Red.: Er wußte wohl auch nicht, daß der UN-Sicherheitsrat tagte; um eine Lösung zu finden!)

25.2. taz Seite 3
Als die Meldungen über den Beginn der Bodenangriffe im UNO-Hauptquartier eintrafen, wurde die Sitzung des Sicherheitsrates abgebrochen und lediglich vereinbart, die weiteren Entwicklungen "zu beobachten". Sowjetische Sprecher erklärten, hätte mehr Verhandlungszeit zur Verfügung gestanden, wäre ein Kompromiß über einen Rückzug in 10 Tagen möglich gewesen!!!

25.2. siehe oben
Schwarzkopf erhielt bereits am Freitag "freie Hand"-also bevor das Ultimatum an Irak verkündet wurde. Ebenso erfolgte Schwarzkopfs Befehl zum Vormarsch bereits vor Ablauf des Ultimatus am Samstag mittag.

**»Das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.
Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.
Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zwenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.«**
Bertold Brecht
zum Wiener Völkerkongreß für den Frieden 1952

21.2. FR S:6
Die sowjetischen Palamentarier haben sich für den Gorbatschow-Plan nicht weiter interessiert. Sie forderten Außenminister Bessmertnich statt dessen auf, dafür zu sorgen, daß der Irak von der UdSSR zu Verteidigungszwecken Militärhilfe erhalte.

26.2. tanjug
In einem Interview mit BBC-TV sagte einer der wichtigsten außenpolitischen Berater von Gorbatschow, daß die Sowjetunion Saddam Hussein schon aufgegeben hat. Gorbatschow hat nach Angaben von Prof. Amnan Syla (Uni Jerusalem und Experte für sowj.-arabische Beziehungen) Saddam Hussein nie für einen vertraulichen Führer gehalten, und fügte hinzu, daß er es für möglich hält, daß es schon einen "Ersatz" gibt.

24.2. Radio Amman 21.00 h
In einem Kommentar der sowj. Nachrichtenagentur TASS hieß es, daß der Beginn des Bodenkrieges den Sieg des Krieges über die Vernunft bedeute. Weiter hieß es, daß der Weg zum Frieden frei war, nachdem der Irak der UN-Resolution 660 zugestimmt hatte, und daß die USA mit dem Ansetzen eines Ultimatus jede Chance für den Frieden vertan hätten und dadurch die Lage im Nahen-Osten nur noch komplizierter gemacht hätten.

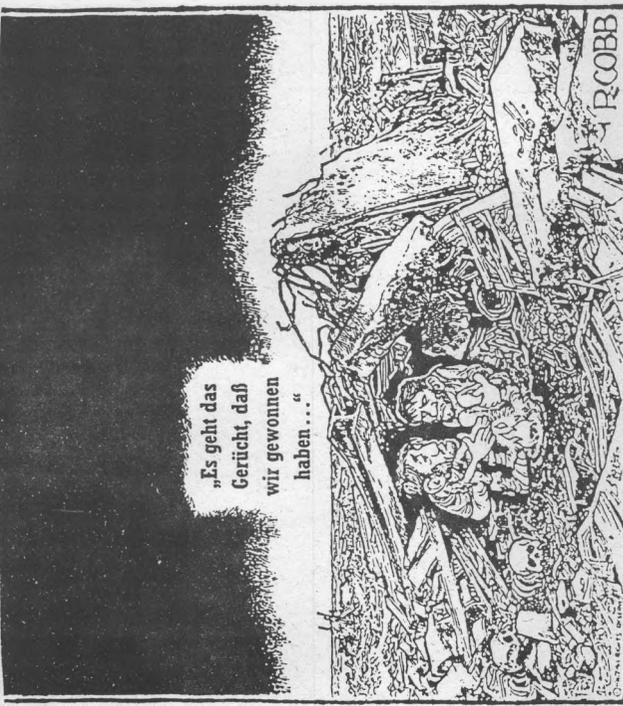
25.2. FR S: 2
Von US-Militärs wurde bestätigt, daß Napalm schon seit mehreren Tagen abgeworfen werde. Im Vietnam-Krieg hatte der Einsatz von Napalm einen Proteststurm ausgelöst, nachdem Fotos mit brennenden Menschen veröffentlicht waren. (Anm. d. Red.: DERZEIT HERRSCHT NACHRICHTENSPERRE!)

25.2. RÖI Wien 19.00 h
Perez de Cuellar sagte, die USA habe kein UN-Mandat für den Sturz von Saddam Hussein.

Alle Zeitangaben erfolgen in Weltzeit etc.
Die Frequenzangaben erfolgen in Kilohertz.

Deutschsprachige Programme

16.30 bis 17.00 Uhr	BBC London	6125	9750	
16.30 bis 17.00 Uhr	Radio Schweden	1179	9615	
17.30 bis 18.00 Uhr	1179	6065	5975	9615
17.30 bis 18.00 Uhr	Radio Canada	international	7235	5995
17.30 bis 18.30 Uhr	Stimme der Türkei	9795		
18.00 bis 18.30 Uhr	Radio Afghanistan	6020	9695	11755
18.00 bis 18.45 Uhr	Radio Teheran (Iran)	9022		
18.00 bis 19.00 Uhr	Radio France	international	6150	7145
18.00 bis 19.00 Uhr	Stimme Indonesiens	9675	11753	
18.05 bis 19.05 Uhr	Radio Damaskus (Syrien)	12085	15095	
18. bis 20.00 Uhr	Radio London	3975	6125	
19. bis 20.00 Uhr	Radio Kairo	9900		
20.30 bis 21.00 Uhr			9795	



Internationale Kurzmeldungen

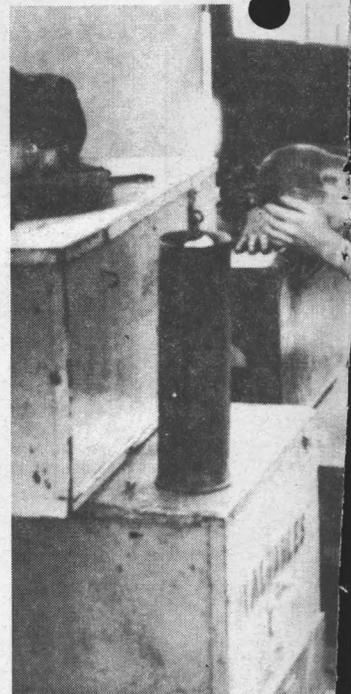
26.2. Radio Iran 21.30h
Die Angriffe auf Bagdad haben heute Abend an Heftigkeit zugenommen. Iranische Korrespondenten berichten, daß alliierte Bomber Bagdad wieder und wieder bombardieren.
Aus dem Südirak wird berichtet, daß die irakischen Truppen - vermutlich die republikanische Garde - wohlgeordnet in langen Reihen nach Bagdad unterwegs seien. Sie werden vom Volk jubelnd empfangen.

26.2. tanjug
Die Zahl der Luftangriffe vom türkischen Stützpunkt Incirlik ist verdreifacht worden.
Alle zwei Stunden starteten Flugzeuge, um im gesamten Irak und Kuwait Ziele anzugreifen. Die zwölftausend stationierten US-Soldaten sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Nach der türkischen Zeitung Cumhuriyet ist noch nicht klar, ob diese Verbände in Gefechte verwickelt sind. Es scheint sicher zu sein, daß es zu einem Einsatz kommen wird.

26.2. tanjug
US-Wirtschaftswissenschaftler sagen voraus, daß, je kürzer der Krieg sein wird, die Ölpreise umso schneller sinken werden. Die Voraussage basiert auf der Annahme, daß die Saudi-Arabischen Ölfeldern dann nicht mehr bedroht sind. (Anm. der R.: Spätestens jetzt wird's klar)

25.2. Radio Teheran 19.15 h
In einem Kommentar hieß es: "Die Welt ist Zeuge, wie die USA eines ihrer wahren Kriegsziele nach dem anderen enthüllen."

ROBB



In jedem Krieg gibt es Opfer; es gibt Menschen, die einen qualvollen Todes sterben; Menschen, die verstümmelt werden; Menschen, die nicht mehr leben sehen. Von den Opfern, die die Militärs halten Informationen, wissen sie wohl zu recht -, daß sich nicht von dem er nur weiß, das er ein Opfer gibt es in jedem Krieg. Man sollte sie an sie zu erinnern, zeigen wir die Opfer vergangener Kriege: Die Bilder zeigen, wie sie aussehen, wenn sie einst ans Leben zurückgekehrt sind.



Krieg

Opfer. Opfer: Das sind Menschen, die eifrig leben, die bis zur Unkenntlichkeit lieben, die ihre Kinder, Eltern, Freunde sterben lassen. Des Golf-Krieges ist bisher keine Rede; nur Bilder, Filme zurück. Sie hoffen, dass jemand ein Grauen bewußt machen kann, aber nicht sieht.

Krieg, und ihre Leiden ähneln sich. Um sie herum auf dieser Seite Photos von Opfern des Golf-Krieges werden nicht viel anders Licht kommen.



Kein Krieg für Öl!

Kein Geld für Krieg!

Beim Krieg am Golf geht es nicht um Menschenrechte und Demokratie. Denn diese werden im Irak, in Kuwait und in Saudi-Arabien seit Jahren mit Füßen getreten. Bei diesem Krieg geht es um Öl — und darum, unsere verschwenderische Form von Wirtschaften und Konsumieren zu erhalten. Jetzt sind auch die Verbraucherinnen und Verbraucher gefordert. "Kein Krieg für Öl! — Kein Geld für Krieg!" — das ist unsere Aufforderung keine Produkte von Unternehmen zu kaufen, die mit ihrem Rüstungsexport den Golfkrieg überhaupt erst möglich gemacht haben.

Die Konflikte am Golf sind nicht mit Waffen zu lösen. Statt einen Krieg zu entfesseln, dem Millionen zum Opfer fallen werden, sollte das UNO-Embargo verschärft werden. Es kann Wirkungen erst nach einem oder zwei Jahren zeigen.

Beim Krieg am Golf geht es um langfristige strategische Interessen der USA am Golf und um den Größenwahn des irakischen Diktators Hussein. Und es geht um Öl.

Um das Öl, mit dem wir unsere Autos antreiben oder die Flugzeuge, die uns Kiwis aus Neuseeland und Äpfel aus Chile liefern. Um das Öl, aus dem die Schaumstoffe in unseren Polstergarnituren oder die Compact-Disc hergestellt werden. Um das Öl, ohne das unsere Kunststoff-Industrie keinen Tag existieren könnte.

Wer gegen den "Krieg für Öl!" ist, muß für eine gerechtere Weltwirtschaft eintreten. Der muß für sich selbst und für alle die, die in reichen Nationen des Nordens leben, einen anderen, verantwortlicheren Lebensstil akzeptieren. Sonst folgen dem "Krieg für Öl!" andere Kriege: Ein "Krieg für Kupfer!" oder "Ein Krieg für Soja!".

Der Golfkonflikt ist nur der erste der Kriege, die es um Rohstoffe geben wird. Eine gemeinsame Ursache dieser Konflikte ist unsere Weltwirtschaft. Ein Viertel der Weltbevölkerung in Europa, Nordamerika und Japan verbrauchen 80 Prozent des Erdöls. Während immer mehr Menschen in Afrika, Indien oder Südamerika hungern, keinen ausreichenden Wohnraum haben oder eine ungenügende medizinische Versorgung, sonnen sich die nördlichen Industriestaaten und die arabischen Scheichtümer im Reichtum. Die Erdölvorräte werden verschleudert und vergeudet, um

ten und ihrer Mitverantwortung für die Folgen nichts mehr wissen. Dabei war sehr früh klar, was im Irak vor sich ging.

● Bereits im Mai 1982 hat ein Techniker des Hannoveraner Preussag-Konzerns der deutschen Botschaft in Bagdad den Tip gegeben, in der Anlage in Samarra solle eines Tages Giftgas hergestellt

werden. Die Botschaft verfolgte den Hinweis nicht.

● 1981 bombardierte die israelische Luftwaffe den irakischen Atomreaktor "Osirak" bei Bagdad, weil Hinweise vorlagen, daß der Irak an der Entwicklung einer eigenen Atombombe arbeitete,

immer mehr Autos anzutreiben, die im Stau stehen, um immer mehr Fleisch oder Milch zu produzieren, die vernichtet werden.

Die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher bei uns profitieren auch ganz persönlich von dem billigen Öl, dem billigen Tropenholz, dem billigen Viehfutter für unsere Schweine, dem billigen Stereorecorder - von den ungerechten Wirtschaftsbeziehungen eben.

Wir müssen umdenken!

Mit Hamsterkäufen und gefüllten Benzinkanistern wird die Golfkrise nicht zu meistern sein. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen umdenken lernen, zu einem anderen Konsumverhalten bereit sein. Wir brauchen eine neue solidarische Weltwirtschaftsordnung, die die Reichtümer dieser Erde erhalten und gerecht zu verteilen sucht. Nur dann wird es keine Kriege um Öl und andere Rohstoffe geben.

Kauft nichts von Kriegsgewinnlern !

Der Krieg am Golf wäre nicht möglich gewesen ohne die Firmen, die den Irak mit den dafür erforderlichen Waffen ausgestattet haben. Mit deutscher Technologiehilfe wurde der Irak in den Stand versetzt, chemische Waffen zu produzieren. Mit deutscher Technologiehilfe gelang es Saddam Hussein, die Reichweite und die Zielgenauigkeit der Scud-Raketen entscheidend zu verbessern. Allein zwischen 1982 und 1986 bezog der Irak aus der Bundesrepublik Waffen im Wert von über 1,3 Milliarden Mark.

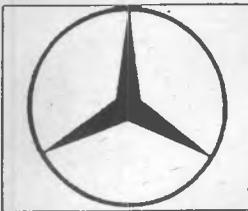
Heute wollen die "Exporteure des Todes" von diesen Geschäf-

● Im März 1984 lancierte der US-Geheimdienst CIA Meldungen in der Öffentlichkeit, in Samarra würden auf deutschen Anlagen Nervenkampfstoffe hergestellt.

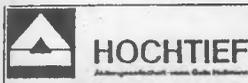
● 1987 setzte Saddam Hussein selbst produzierte Nervenkampfstoffe gegen die kurdische Bevölkerung ein.

Die Schwarze Liste für den Einkauf

MAN



MBB



Die Verbraucher/innen können durch vorläufigen Kaufverzicht und Boykott Druck auf die Unternehmen ausüben, um diese zu stärkerer Selbstkontrolle und Selbstbeschränkung im Exportgeschäft zu bewegen. Druck ist auch nötig auf die Bundesregierung, die eine direkte Verantwortung für die Aufrüstung des Irak hat.

Unser Boykott sollte besonders die treffen, die sich aktiv an der chemischen, bakteriologischen und atomaren Aufrüstung des Irak beteiligt haben und den Irak in die Lage versetzt haben, mit seinen Scud-Raketen Israel und die arabischen Länder zu bedrohen. Unternehmen wie Kolb, Inwako, H+H und die MAN-Tochter Ferrostaal wußten, daß sie Giftgas- oder Kanonenfabriken für einen erklärten Feind Israels bauten.

Einige der auf unserer "Schwarzen Liste" aufgeführten Unternehmen haben gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärt, daß sie nichts von der militärischen Verwendung ihrer Produkte wußten. Diese Unternehmen, zu denen z.B. Siemens, AEG, Philips, Hochtief, Thyssen oder Buderus zählen, müssen sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, fahrlässig gehandelt zu haben. Deshalb ist diesen Firmen gegenüber ein Boykott angemessen. Erst wenn sich diese Unternehmen zur Selbstbeschränkung bei Exporten in Spannungsgebiete bereit erklären, sollte der Kaufverzicht aufgehoben werden.



Anlagen für die Erforschung und Produktion chemischer Waffen

Karl Kolb, Dreieich:

Lieferungen:

U.a. sieben Anlagen für die Produktion von Pestiziden, die auch für die Herstellung von Nervenkampfstoffen geeignet sind. Die von Kolb und der Kolb-Tochterfirma Pilot Plant gelieferten Anlagen sind im irakischen Giftgaszentrum Samarra installiert.

Produkte:

Laborinstrumente und -geräte (Ggfs. Bezugsquelle für Schulen, Universitätsinstitute, Chem. Untersuchungslabors)

Water Engineering Trading, Hamburg

Lieferungen:

Vorläufer-Chemikalien für die C-Waffen-Produktion sowie Anlagen-Teile für die Giftgasfabrik.

Preussag AG, Hannover

Lieferungen:

Lieferung von Wasseraufbereitungsanlagen, Chlor und Chlorbehältern in den Irak.

Produkte:

Die Preussag AG ist im Bereich Bergbau, Hütten- und Metalltechnik tätig.

Besitz:

V.a. im Besitz der Westdeutschen Landesbank

WTB Walter-Thosti-Boswau, Augsburg

Lieferungen:

Bauunternehmen, baute u.a. Gebäude für Herstellung von Nervengasen.

Produkte:

Baufträge ggfs. für Öffentliche Hand.

Anlagen für die Erforschung und Entwicklung von B-Waffen

Water Engineering Trading, Hamburg

Lieferungen:

U.a. Brutschränke und Nährböden für die Erzeugung von B-Waffen-Kampfstoffen.

Labsco, Friedberg

Lieferungen:

U.a. Trocknungsschränke, Seren, Wärmegeräte angeblich für "klinischen Hospitalbereich".

Produkte:

Laborausrüstungen für klinischen Bereich.

Josef Kühn, Neustadt

Lieferungen:

U.a. hochgefährliche Pilzgifte

Anlagen und Beratung im Bereich Nukleartechnik

H + H Metallform, Drensteinfurt

Lieferungen:

U.a. Maschinen zur Herstellung von Urananreicherungsanlagen

Inwako, Bonn

Lieferungen:

Ermittlung wegen Lieferung von Zubehör für Urananreicherungsanlagen

Heberger Bau, Schifferstadt

Lieferungen:

Bau von Hallen und Bunkern in der Giftgasanlage Samarra

Produkte:

ggfs. Bauaufträge für Öffentliche Hand.

Anlagen und Beratung im Bereich Raketentechnologie, Hubschrauber und Superkanonen

MBB, München

Tochterfirma von Daimler-Benz

Lieferungen:

Technologie für Brandbomben, Kampfhubschrauber, Panzer- und Luftabwehrraketen

Produkte:

U.a. Medizintechnik für Krankenhäuser, Labors etc.

Leifeld, Ahlen

Lieferungen:

Raketendüsen für Mittelstreckenraketen

Produkte:

Werkzeuge und Maschinen ggfs. für Öffentl. Hand.

H + H Metallform, Drensteinfurt

Lieferungen:

Raketenkörper, Nuklearexporte

Inwako, Bonn

Lieferungen:

Vermittlung von Raketentechnikern für Scud-B Raketen, Nukleartechnologien

Anlagen Bau Contor, Karlsruhe

Lieferungen:

Verdacht auf Hilfe bei Raketentechnologien

Militärforschung:

Gildemeister Projecta, Bielefeld

Lieferungen:

Aufbau einer Fabrik zur Herstellung von Trägerraketen für atomare und chemische Waffen

Produkte:

Werkzeugmaschinen

Besitzverhältnisse:

U.a. Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf

Karl Kolb, Dreieich

Degussa, Frankfurt

Lieferungen:

U.a. Industrieöfen zur Wärmebehandlung von Stahlteilen. Das Degussa-Tochterunternehmen Leybold, Hanau, lieferte für das Rüstungszentrum Tadschi Umschmelzanlagen. Die Firma hat gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärt, alle gesetzlichen Bestimmungen stets eingehalten zu haben.

Produkte:

Degussa ist v.a. im Edelmetall- und Chemiegeschäft tätig. Zur Degussa gehört auch die ASTA Pharma GmbH, Frankfurt

Besitzverhältnisse:

Wesentliche Anteile an Degussa halten die Firmen Henkel KGaA, Düsseldorf, Dresdner Bank und Münchener Rückversicherungsgesellschaft.

Aviatest, Neuss

Tochterfirma von Rheinmetall

Lieferungen:

Konstruierte für Militärprojekt Mosul zwei Windkanäle

Waffen- und Munitionsanlagen

Ferrostaal, Essen

Tochterfirma des MAN-Konzerns

Lieferungen:

Ferrostaal war Generalunternehmer für die irakische Kanonenfabrik Tadschi. Die Firma, die für diese Anlage eine Exportgenehmigung erhielt, hatte bei der Antragsstellung den militärischen Charakter verschwiegen. Weitere MAN-Tochterfirmen lieferten eine Schmiedepresse und Kräne.

Produkte:

Hersteller von Transportfahrzeugen, Maschinenbau.

Besitzverhältnisse:

MAN-Tochterfirma. Größere MAN-Aktienpakete halten die Allianz-Holding, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und die Commerzbank.

Buderus, Wetzlar

Tochterunternehmen der Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf

Lieferungen:

Lieferte 1989 schmetedetechnisches Verfahrens-Know-How. Gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärte die Buderus AG, daß ihre Leistungen im Einklang mit dem Außenwirtschaftsgesetz gestanden haben.

Produkte:

U.a. Heizungstechnik, Küchentechnik

Besitzverhältnisse:

Gehört zur Feldmühle Nobel AG.

Hochtief, Essen**Lieferungen:**

Planungen für den Bau von Fundamenten einer Geschützfabrik in Tadschi. Die Hochtief AG teilte der VERBRAUCHER INITIATIVE mit, daß ihnen der militärische Charakter der Anlage in Tadschi nicht bekannt gewesen sei.

Produkte:

Bauunternehmen ggfs. für öffentliche Aufträge

Besitzverhältnisse:

Tochterunternehmen des RWE, das u.a. die Benzinmarke DEA vertreibt.

Klößner, Duisburg**Lieferungen:**

Stahlgießerei für irakische Rüstungsorganisation, dient u.a. zur Herstellung von Vormaterial für Kanonenschmiede.

Produkte:

Stahl, Maschinenbau, Verpackungsmaschinen, ggfs. auch Lieferant für Öffentliche Hand.

Besitzverhältnisse:

Familien- und Streubesitz

Mannesmann Demag, Duisburg**Lieferungen:**

Gußausrüstung für eine Stahlkocherei im Rüstungszentrum Tadschi.

Produkte:

Anlagen- und Maschinenbau

Besitzverhältnisse:

Streubesitz

SMS Hasenclever, Düsseldorf

MAN-Tochterfirma

Lieferungen:

Schmelzpresse für Militärzentrum Tadschi

Produkte:

Maschinenbau

TBT-Tiefbohrtechnik, Dettingen

50% Tochterunternehmen des Gildemeister-Konzerns

Lieferungen:

Bohrtechnik für Rüstungszentrum Tadschi

Produkte/Besitzverhältnisse:

siehe Gildemeister

LOI Industrieofenanlagen

Tochterunternehmen der Ruhrgas AG

Lieferungen:

Spezialöfen und Härteanlagen für Kanonenrohre für Rüstungszentrum Tadschi.

Leybold, Hanau

Tochterunternehmen von Degussa

Lieferungen:

Umschmelzanlagen für Kanonenfabrik

Züblin, Stuttgart**Lieferungen:**

Bauarbeiten im Rüstungszentrum Tadschi.

Produkte:

Bauunternehmen ggfs. für Öffentliche Hand.

ABB Mannheim**Lieferungen:**

Elektrische Ausrüstung für Rüstungszentrum Tadschi.

Die Firma ABB hat gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärt, keine Rüstungsgüter in den Irak geliefert und die gültigen Exportbestimmungen jederzeit beachtet zu haben. Angaben, daß Produkte von ABB im Rüstungszentrum Tadschi verwendet wurden, dementiert ABB nicht.

Produkte:

Maschinen und Anlagenbau

Lasco, Coburg**Lieferungen:**

Schmiedepresse für Granatenproduktion

Produkte:

Umformtechnik

AEG, Frankfurt

Tochterunternehmen des Daimler-Konzerns

Lieferungen:

Elektrotechnische Komponenten. Die AEG erklärte gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE, daß ihr für die Rüstungsexporte in den Irak stets Genehmigungen der Bundesregierung vorlagen. Seit dem

1.1.1989 ist die gesamte Wehrtechnik des Daimler-Konzerns in der "Deutschen Aerospace" zusammengefaßt. Die Daimler-Tochter AEG hat seitdem keine eigene Rüstungsabteilung mehr.

Produkte:

Elektr. Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen, auch Hersteller von Olympia Schreibmaschinen.

Thyssen, Düsseldorf**Lieferungen:**

Gießerei im Rüstungszentrum Tadschi. Die Firma hat gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärt, daß ihr der militärische Charakter des Industriekomplexes Tadschi nicht bekannt gewesen sei. Die Endabnahme der Gießerei erfolgte 1985.

Produkte:

Maschinenbau, Thyssen Brennkraft GmbH (Brennstoffe), Thyssen Schulte (Heizung, Sanitär)

Besitzverhältnisse:

V.a. Allianz und Streubesitz

Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen, Geisenheim**Lieferungen:**

Anlagen für Rüstungszentrum Tadschi

Besitzverhältnisse:

V.a. die Bundesrepublik Deutschland

Siemens, München**Lieferungen:**

Siemens lieferte 1987 einen eichfreien Raum für die Raketenforschung an das Rüstungsunternehmen MBB. Zielort der Lieferung: Rüstungszentrum Mosul. Gegenüber der VERBRAUCHER INITIATIVE erklärte Siemens, daß das Rüstungszentrum Mosul bei der Auftragsvergabe als "Universitätsinstitut" bezeichnet worden sei.

Produkte:

Haushaltsgeräte (Siemens-Bosch, Neff, Blaupunkt, Glühbirnen (Osram), Telefone, Computer (Siemens-Nixdorf)

Besitzverhältnisse:

Fam. Siemens und Streubesitz

Maschinenfabrik Ravensburg**Lieferungen:**

Technik für die Bohrungen der Kanonenrohre in Tadschi.

Produkte:

Maschinenbau

TS Engineering, Stuttgart**Lieferungen:**

Die Exportfirma lieferte von 1988 bis 1990 Geräte zur Automatisierung einer Munitionsfabrik.

Schiess AG, Düsseldorf**Lieferungen:**

Technologie für Granatenproduktion

Transport:**Daimler-Benz, Stuttgart****Lieferungen:**

Gepanzerte Fahrzeuge

Daimler-Benz Produkte:

Kraftfahrzeuge, Daimler-Benz ist u.a. Eigentümer von MBB und AEG (Kühlschränke, Waschmaschinen, Büromaschinen u.a. Olympia AG)

Produkte:

Kraftfahrzeuge, siehe auch MBB und AEG

Besitzverhältnisse:

V.a. im Besitz der Deutschen Bank AG, Regierung des Staates Kuwait, Commerzbank, R + V Versicherung, Allianz, Dresdner Bank, Bosch GmbH, Vereinigte Krankenversicherung und Streubesitz.

Faun, Lauf**Lieferungen:**

Panzertransporter im Wert von 50 Mio. DM im Jahr 1983/84. Als "Kommunalfahrzeuge" deklariert, beim Einmarsch in Kuwait als Panzertransporter gesichtet.

Produkte:

Fahrzeuge u.a. für Öffentl. Beschaffungswesen

Rhein-Bayern**Fahrzeugaufbau, Kaufbeuren****Lieferungen:**

Die Firma Rhein-Bayern rüstete Fahrzeuge der irakischen Armee mit Spezialaufbauten aus. Rhein-Bayern lieferte an Koib mobile toxikologische Labors.

Produkte:

Fahrzeuge

CBV Blumhardt**Fahrzeuge, Wuppertal****Lieferungen:**

Auflieger für den Panzertransport.

Produkte:

Fahrzeuge ggfs. für Öffentl. Beschaffungswesen

Sonstige Firmen

Philips GmbH, Bremen

Lieferungen:

Nachtsichtbrillen für die jordanische Luftwaffe. Tatsächliches Bestimmungsland war jedoch wahrscheinlich der Irak. Die Philips GmbH hat der VERBRAUCHER INITIATIVE mitgeteilt, daß ihr eine "End user Zertifikat"-Bescheinigung der jordanischen Luftwaffe vorgelegen habe. Im übrigen habe die Philips GmbH im Frühjahr 1990 ihre "sondertechnischen Aktivitäten" aufgeben.

Produkte:

Haushalts elektronik, Haushaltsgeräte z.B. Bauknecht

Quellen:

Die Todeskrämer - Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf, Hg.: BUKO Koordinierungsstelle "Stoppt den Rüstungsexport". Tatort Irak: Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein, Hg.: Projektgruppe Rüstungsexport, Kstein. Die Großen 500 - Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management, Luchterhand Verlag. Rüdiger Liedtke: Wem gehört die Republik, Hundert Konzerne und ihre Verflechtungen, Eichborn Verlag. The Ethical Consumer, britische Verbraucherzeitschrift. Hans Leyendecker/Richard Rickelmann: Exporteure des Todes - Deutscher Rüstungsskandal in Nahost, Steidl-Verlag. Senate Foreign Relations Committee: Saddams Foreign Legion, Washington 1990. Berghofer Institut für Konfliktforschung: Wie deutsche Firmen den Irak aufrüsteten, Frankfurter Rundschau 23.1.1991

Verantwortungsvolles Einkaufen

In den USA und in Großbritannien gibt es eine ständig größer werdende Bewegung verantwortungsbewußter Konsumenten. Diese achten beim Einkauf nicht nur darauf, daß die Produkte umweltfreundlich sind, sondern wollen wissen, ob die herstellenden Unternehmen z.B. Rüstungsgüter herstellen.

Beispiel: Filme

Die Firmen Eastman Kodak (Produktname: Kodak)

haben umfangreiche Kontrakte mit dem US-Verteidigungsministerium. Die Bayer AG (Produktname: Agfa) wird mit dem weltweiten Ausbau des Atomprogramms in Verbindung gebracht.

Empfohlen werden Filme der Marken International Paper (Produktname: Ilford), Konica, Polaroid und Fuji.

Beispiel: Batterien

In Rüstungsgeschäften tätig sind die Firmen Philips (Produktname: Philips) und Generale d'Electricité (Produktname: Saft).

Empfohlen werden Batterien der Firmen Duracell (Produktname: Duracell) und der Gruppe Bernhard Tapie (Produktname: Wonder).

Kühlschränke:

Mit der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern beschäftigt sind die Firmen Daimler Benz (Produkt: AEG), Philips (Produkte: Bauknecht, Philips) und Siemens (Produkt: Siemens, Neff, Bosch). Die Marken Elektrolux und Zanussi

gehören zum schwedischen Wallenberg-Konzern, der Beteiligungen an Rüstungsfirmen hält.

Die bessere Wahl stellen Kühlschränke der Firmen Miele und Gaggenau dar.

Banken:

Die folgenden Banken sind über Beteiligungen an Rüstungsfirmen wesentlich am Geschäft mit dem Krieg beteiligt: Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Bayerische Landesbank Girozentrale, West LB.

"Die VERBRAUCHER INITIATIVE empfiehlt Geldanlagen und Kontenführung bei folgenden Banken: GLS Gemeinschaftsbank Bochum, Paritätische Geldberatungsgenossenschaft Wuppertal eG, Integra Spar- und Kreditgenossenschaft eG München, Okobank eG Frankfurt, Trion Geldberatungsgenossenschaft Hamburg. Auch sehr viele Sparkassen und Volksbanken sind nicht in Rüstungsgeschäften verwickelt.

Zur Aktion der VERBRAUCHER INITIATIVE schreibt uns die israelische Verbraucherorganisation "Histadrut Consumers Protection Authority":

"Wir, eine Organisation die Verbraucher und Umwelt schützen wollen, sehen in dieser Boykottaktion gegen diese Firmen einen wichtigen Beitrag, um Saddams Husseins Kriegsmaschine und seine "Helfer" zu treffen. Wir unterstützen Eure Aktion die zu einer friedlicheren Welt und auch zu mehr Frieden in unserer Region beitragen kann."

Nuzhat Katsab, Vorsitzender



... wenn hier jeder seine Arbeit tut"

Die Verbraucher Initiative

Die VERBRAUCHER INITIATIVE ist ein gemeinnütziger Verbraucherschutzverband, der über umwelt- und gesundheitsbewußtes Verhalten im Alltag informiert und die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher vertritt.

Die Aktionen der VERBRAUCHER INITIATIVE werden aus Spenden und Beiträgen der Mitglieder finanziert. Über 8000 Mitglieder schaffen so die Grundlage unserer politischen Unabhängigkeit. Möchten Sie mehr über uns wissen? Dann schreiben Sie uns und fordern Sie Informationsmaterial über unsere Arbeit an: Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V., Breite Str. 51, 5300 Bonn 1.

Wir freuen uns, wenn Sie diese Kampagne mit einer Spende unterstützen. Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00 Konto.Nr. 8133503. Spenden an uns sind steuerlich abzugsfähig.

Zur Vorgeschichte des Irak-Kuweit-Konfliktes
- historische Bestandsaufnahme und Problematisierung -

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts gründeten arabische Beduinen in der Bucht von Kuweit eine Siedlung gleichen Namens, welche sich im Verlauf der nächsten Jahrzehnte zu einem sehr bedeutenden Seehafen entwickelte. Das kuweitische Herrscherhaus - die Familie SABAH - welches seit dieser Zeit die Regierung stellte, geriet, nach formaler Zugehörigkeit zum osmanischen Reich, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend unter den Einfluß des politischen Interesses der europäischen Großmächte. Unter der politischen Zuordnung zum Osmanischen Reich war KUWEIT im 19. Jhd. als Teil der Provinz BASRA verwaltet worden, der IRAK bestand aus den Provinzen BAGDAD, MOSSUL und BASRA. KUWEIT war unter der osmanischen Herrschaft somit Teil der mesopotamischen Verwaltungsbezirke geworden. Nach dem Zerfall des osmanischen Reichs 1918 beschlossen die europäischen Großmächte, daß die ehemaligen mesopotamischen Provinzen - mit Ausnahme von Kuweit - einen unabhängigen Staat bilden sollten. 1922 wurden im Abkommen von UQUAIR die Grenzen zwischen SAUDI-ARABIEN, der britischen Mandatsmacht im IRAK und dem Emir von KUWEIT festgelegt. Hierbei mußte KUWEIT 2/3 seines Gebietes an SAUDI-ARABIEN abtreten. Die Grenze zwischen KUWEIT und IRAK wurde erstmals 1932 in einem Briefwechsel zwischen dem Scheich von KUWEIT und dem britischen Hochkommissar für den IRAK festgelegt, und zwei Monate vor der Unabhängigkeit IRAKS im gleichen Jahr vom irakischen

Premierminister NURI-as-SAID nochmals schriftlich bestätigt. Explizit wurden hierbei die später umstrittenen Inseln BUBIJAN und WARBA dem Scheichtum KUWEIT zugeordnet. KUWEIT hingegen wurde westliche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen (19. Juni 1961). Bereits 3 Jahre zuvor hatte das Sekretariat der Arabischen Liga die Mitgliedstaaten darüber verständigt, daß das in die Unabhängigkeit zu entlassende Scheichtum als Mitglied zu betrachten sei. Somit war aus der Sicht der arabischen Staaten KUWEIT eigenständiges Völkerrechtssubjekt und nicht als Teil IRAKS, als dem Rechtsnachfolger des osmanischen Reichs für dessen mesopotamische Provinzen BASRA, MOSSUL und BAGDAD zu betrachten. Eine Woche nachdem Großbritannien KUWEIT in die Unabhängigkeit entlassen hatte,

erklärte der irakische Premierminister KASSEM am 25. Juni 1961, KUWEIT sei integraler Bestandteil des IRAK und drohte mit der Besetzung des Gebietes.

Nachdem unverzüglich britische und saudische Streitkräfte zum Schutz des Landes in KUWEIT stationiert worden waren, wurde KUWEIT 14 Tage später (13. Juli 1961) als Vollmitglied in die Arabische Liga aufgenommen, die britischen wurden durch arabische Schutztruppen ersetzt.

Die irakischen Truppen, die einen Gebietstreifen im Norden Kuweits besetzt hatten, um den politischen Anspruch auch militärisch zu untermauern, zogen sich nach einer gewissen Zeit wieder nach IRAK zurück.

Zwei Jahre später (1963) bestätigte Irak wiederum die Souveränität des Staates KUWEIT und bezog sich dabei explizit auf den bereits 1932 schriftlich festgelegten Grenzverlauf.

Fast 10 Jahre später kommt es zu einer fast detailgetreuen Neuauflage des Grenzkonfliktes zwischen KUWEIT und dem irakischen Nachbarn.

Am 20. März 1973 marschierten irakische Truppen in den Norden KUWEITS ein, der IRAK erhob Ansprüche auf die beiden Inseln WARBA und UBIJAN, die für den IRAK von enormer geostrategischer Bedeutung sind (Zugang zum Golf) und verlangte einen Pachtvertrag für WARBA mit 99-jähriger Laufzeit.

KUWEIT erfuhr wiederum militärische Unterstützung durch SAUDI-ARABIEN, und wies die irakischen Anforderungen als haltlos zurück. Allerdings scheint sich ungeachtet der politischen Streitfragen um den Grenzverlauf ein tagespolitischer Modus Vivendi gefunden zu haben.

So gestattete KUWEIT dem IRAK die Anwesenheit auf WARBA inklusive der Tolerierung größerer topographischer Veränderungen der Insel (Erdbebewegungen) durch die Irakis.

Bei wiederholten Verhandlungen über den genauen Grenzverlauf zwischen beiden Staaten bot KUWEIT in den spannungsgeladenen Wochen vor der irakischen Invasion am 2. August 1990 dem IRAK den beiden früheren Grenzkonflikten erwünschten Pachtvertrag schließlich an und verlangte dafür im Gegenzug - eine endgültige und eindeutige Anerkennung der Nordgrenze KUWEITS, erhielt von IRAK jedoch keine Antwort mehr.

Am 2. August 1990 wird KUWEIT bei begrenzter Gegenwehr von den zahlenmäßig völlig überlegenen irakischen Truppen überrannt, KUWEIT vom

irakischen Staatspräsidenten Saddam HUSSEIN als unverbrüchlicher Bestandteil des IRAKS zu dessen 19. Provinz erklärt.

Dieser Gesamtanspruch wird untermauert durch den Hinweis auf die ehemalige Zugehörigkeit KUWEITS zur mesopotamischen Provinz BASRA, einer verwaltungstechnischen Regelung also, die auf die Zeit der osmanischen (Kolonial-)herrschaft in dieser Region zurückgeht, zuvor jedoch keinerlei Bestand hatte.

Der Verweis auf die Souveränität der Grenzen KUWEITS als eigenständigem und gleichberechtigtem Mitglied der Völkergemeinschaft wird von IRAK zurückgewiesen mit der Begründung, es handele sich bei dieser Grenzziehung ohnehin nur um das Ergebnis der geopolitischen Erwägungen der ehemaligen europäischen Großmächte England und Frankreich, wobei geflissentlich übersehen wird, daß eben der jetzt erhobene Anspruch des IRAK auf das Staatsgebiet ganz KUWEITS sich historisch auf nichts anderes abstützen kann, als auf eine ebenfalls kolonialistische Verwaltungseinteilung aus den Zeiten der Osmanenherrschaft.

Bei dem historisierendem Bemühen, die Wurzeln bzw. die Legitimität der irakischen Ansprüche zu untersuchen, die sich wahlweise auf eine veränderte Grenzziehung im Norden KUWEITS, auf Besitz und Nutzung der Inseln WARBA und BUBIJAN, oder eben gleich die Annexion und Einverleibung des gesamten Territoriums konzentrieren, darf nicht übersehen werden, daß diese geopolitischen Ansprüche in der Krise von 1990 nur Teil eines viel umfassenderen Forderungskomplexes waren (Schuldenerlass, finanzielle Leistungen von Seiten der arabischen Staaten, Verdoppelung der OPEC-Preise, Mengenbeschränkungen bei der KUWEITischen Exportpolitik, etc.).

Und auch dieser umfassendere Forderungskatalog selbst war nur Mittel zum Zweck bei der Erreichung panarabischer Großmachtsambitionen, zu deren Erlangung das totalitäre Regime HUSSEIN auch vor dem Einsatz von grausamen Massenvernichtungswaffen nicht Halt machte, und mittlerweile selbst den ökologischen Kollaps der gesamten Mittel- und Nahostregion billigend in Kauf nimmt.

Gründe, einen Krieg zu führen, wenn er denn aus persönlichen machtpolitischen Ambitionen einmal gewollt ist, finden sich immer.

Das hat schließlich nicht zuletzt unsere jüngere deutsche Vergangenheit gezeigt.

Aus einer Erklärung der Kräfte der irakischen Opposition vom 9. Januar 1991:

Die vereinigten Kräfte der irakischen Opposition rufen die Söhne unseres irakischen Volkes und seiner tapferen Armee in diesen entscheidenden Momenten der Geschichte unseres Landes, in denen ohne Zweifel dessen Zukunft und das Schicksal seiner Bürger bestimmt werden wird, ...auf, für die Verwirklichung folgender Forderungen zu arbeiten:

1: Sturz des diktatorischen Regimes gemäß dem Willen des irakischen Volkes, Reinigung von seiner Hinterlassenschaft und Aufhebung der von ihm erlassenen unterdrückerischen Gesetze.

2: Vernichtung aller herrschsüchtigen kolonialistischen Pläne, die auf die Zerteilung des Irak, die Zerstörung seiner Einheit und die Vernichtung seiner wirtschaftlichen und militärischen Kräfte zielen, sowie Widerstand gegen alle darauf zielenden Vorhaben, wodurch die nationale Einheit für das irakische Volk gestärkt und gewahrt wird und seine Unabhängigkeit als Volk, Territorium und Staat gefestigt wird.

3: Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung, die dem jetzigen Regime folgt und alle Schichten des irakischen Volkes umfasst, alle politischen Kräfte, die sich gegen die verderbbringende Herrschaft wenden, und die die Ausführung der folgenden Aufgaben übernimmt:

a) Aufhebung des Ausnahmezustands, Säuberung von jeglichen Spuren der diktatorischen Herrschaft in allen Bereichen, Abschaffung aller unterdrückerischen Praktiken in politischer, nationaler, religiöser und konfessioneller Hinsicht, Erlass einer Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, Internierten und Verfolgten, Wiedereinsetzung der Amtsenthubenen unter ihnen (Zivilisten wie Soldaten) in ihre Pflichten und Aufgaben und ihre Entschädigung für das Unrecht, das ihnen zugefügt worden ist.

b) Abschaffung der Politik der sektiererischen Spaltung gegenüber der Mehrheit der Söhne des irakischen Volkes, die eingesetzt wurde, um sie gegeneinander auszuspielen; Beseitigung der daraus folgenden Auswirkungen durch Schaffung gleicher Möglichkeiten zur Beteiligung aller Iraker an der Verwaltung des Landes und Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit wie auch einer vollkommenen Gleichheit unter ihnen in Hinblick auf die Rechte und Pflichten fern von jeglicher Spaltung in allen Bereichen ...

c) Sicherstellung der Rückkehr der Exilanten, Flüchtlinge, der im Inneren des Iraks Deportierten und der Ausgewiesenen an ihre Wohnorte, Wiedereinsetzung in ihre Rechte, Rückerstattung ihrer Besitztümer und gerechte Entschädigung.

d) Aufhebung der Politik der nationalen Spaltung und Beseitigung der politischen und demographischen Auswirkungen des Versuchs der Änderung der nationalen und historischen Realität in der Region Kurdistan - Irak; eine gerechte Lösung des kurdischen Problems; Gewährung der legitimen nationalen und politischen Rechte der Kurden durch Anwendung und Weiterentwicklung der Artikel des Abkommens vom 11. April 1970 den Buchstaben

und dem Geiste nach , die das irakische Volk festgelegt hat, im Rahmen der irakischen nationalen Einheit, wodurch die arabisch kurdische Verbrüderung gestärkt wird; Garantie der kulturellen und administrativen Rechte und der nationalen Minderheiten wie der Turkmenen, Assyrer u.a.

e) Verwirklichung der demokratischen Freiheiten: Freiheit der politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Betätigung und Organisation, Freiheit der Presse, des Verlagswesens, der Versammlung, der Demonstration und des Streiks, Meinungs und Gedankenfreiheit, darin enthalten die Freiheit der religiösen Riten; Anerkennung des politischen Pluralismus und des Regierungswechsels gemäß parlamentarischer Prinzipien und entsprechend des Willens der Mehrheit des Volkes.

f) Garantie der Bürgerrechte im Irak, wie sie in der Internationalen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt worden sind; Wahrung der Würde der Staatsbürger, ihrer allgemeinen und besonderen Recht.

g) Überführung des Landes in einen verfassungsmäßigen Zustand auf dem Wege der Durchführung freier und direkter Wahlen mit geheimer Stimmabgabe zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die die Ausarbeitung einer dauerhaften Verfassung übernimmt, innerhalb eines Zeitraumes von nicht mehr als zwei und nicht weniger als einem Jahr.

h) Anstrengungen zum Aufbau von bewaffneten Kräften auf gesunder Grundlage, geeignet, ihre Rolle in der Verteidigung des Vaterlandes erfüllen zu können, die verfassungsmäßige Ordnung und das Wohl des irakischen Volkes innerhalb des politischen Systems, für das es sich entscheidet, zu respektieren und ihre nationale Rolle im Widerstand gegen den Kolonialismus und den Zionismus und deren Pläne zu erfüllen.

i) Unterstützung der auf die Verwirklichung der auf die arabische Solidarität gerichteten Anstrengungen und das Streben, auf dem Wege der arabischen Einheit die sehnlichsten Wünsche der arabischen Nation zu erreichen, wobei sich dies auf deren Wunsch nach Freiheit stützt und auf der Grundlage der Feindschaft gegen den Kolonialismus und Zionismus aufbaut.

j) Unterstützung des Kampfes des arabischen/palästinensischen Volkes und des tapferen Aufstandes zur Befreiung seines Vaterlandes, in dem sich das edle Jerusalem befindet, und für die Errichtung seines unabhängigen Staates auf dem Boden seiner Heimat; Unterstützung des Kampfes der Befreiungsbewegungen für ihre Rechte und gegen die Ausbeuter und Unterdrücker.

k) Arbeit für die Stützung und Stärkung der Solidarität, Zusammenarbeit und Einheit der islamischen Völker; Unterstützung der auf die Verwirklichung der islamischen Völker gerichteten Anstrengungen zur Kräftigung der antkolonialistischen und antizionistischen und gegen alle Formen der Unterdrückung gerichteten Front, wodurch den gemeinsamen Interessen gedient wird.

l) Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik; Abstandnahme von ausländischen Bündnissen; Schaffung einer wahrhaften arabischen und islamischen Solidarität; Schaffung gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit allen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien friedlichen Zusammenlebens, gemeinsamer Interessen und der Charta der Arabischen Liga, der Islamischen Konferenz, der Nichtpaktgebundenen Staaten und der Organisation der Vereinten Nationen; Respektierung der internationalen Verträge; Beteiligung an der Wahrung des Friedens in der Region und der Welt; Betätigung im Rahmen der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zum Schutze der Umwelt, zum Verbot von Massenvernichtungswaffen und völligen Vernichtung von Atomwaffen, bakteriologischen und chemischen Waffen.

ai

Januar 1991

Menschenrechte sind keine Munition Golfkonflikt und Menschenrechte

- Eine Dokumentation von amnesty international -

amnesty international, Postfach 170229, 5300 Bonn 1

Am 17. Januar 1991 begann mit alliierten Luftangriffen auf irakische Stellungen der Golfkrieg. Keine zwei Tage zuvor war das Ultimatum abgelaufen, das der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Regierung Iraks gesetzt hatte, um sich aus dem völkerrechtswidrig besetzten Kuwait zurückzuziehen. amnesty international möchte aus Anlaß des Golfkrieges eine Dokumentation veröffentlichen, die belegt, daß sich kein Staat, der in den Konflikt verwickelt ist, zur Rechtfertigung eines militärischen Vorgehens auf die Menschenrechte berufen darf. Nicht nur im irakisch besetzten Kuwait, in der gesamten Region gehören Menschenrechtsverstöße zum Alltag, ohne daß dies in den vergangenen Jahren Anlaß zu einer Neuorientierung der Politik gewesen wäre.

Opfer der Unterdrückungsmethoden, die Irak gegenüber Kuwait jetzt zu Recht vorgeworfen werden, sind seit langem die Menschen in Irak. Jedem, der oppositionell tätig ist, sich regimekritisch äußert oder der kurdischen Minderheit angehört, droht Verfolgung. Wer jetzt auf Menschenrechtsverletzungen des Irak verweist, muß sich fragen lassen, was er vor der Annexion des Emirates getan hat, um die Menschenrechte in Irak zu schützen.

Vor dem Einmarsch in Kuwait hat Irak von vielen Staaten, die jetzt gegen ihn antreten, Waffen und Hilfe erhalten. Keine Regierung hat beispielsweise den Giftgasangriff der irakischen Armee gegen kurdische Dörfer in Irak 1988 zum Anlaß genommen, über verbale Proteste hinaus wirksame politische Schritte gegen diese Barbarei zu unternehmen. Bei dem C-Waffen-Bombardement kamen im März 1988 allein in der kurdischen Ortschaft Halabdscha über 5.000 Menschen ums Leben.

Irak

Die Menschenrechte werden in Irak seit Jahren mit Füßen getreten. Tausende Menschen befinden sich aus politischen Gründen in Haft, darunter viele, die niemals Gewalt angewandt oder befürwortet haben. Die meisten Gefangenen befinden sich ohne Anklage und Gerichtsverfahren oder nach Prozessen hinter Gittern, die allen international anerkannten Standards Hohn sprechen.

Tausende, die als politisch Mißliebige festgenommen wurden, gelten heute als "verschwunden", und niemand weiß, ob sie überhaupt noch leben. Zahlreiche Kinder sind unter den Betroffenen. Menschen werden willkürlich inhaftiert und im Gewahrsam der Sicherheitskräfte gefoltert und mißhandelt. Es finden Hinrichtungen und Massenexekutionen im Schnellverfahren statt. Die irakische Bevölkerung muß eine Politik der brutalen Unterdrückung jeglicher oppositioneller Regung erdulden.

Die meisten "Verschwundenen"-Fälle registrierte amnesty international während des achtjährigen Golfkriegs zwischen Irak und Iran. Aber auch Tausende irakischer Kurden "verschwanden" - beispielsweise rund 8.000 Angehörige des kurdischen Barzani-Clans, die 1983 von den Sicherheitskräften verschleppt wurden und nie wieder auftauchten. Viele inhaftierte Kurden wurden heimlich getötet, andere wiederum "regulär" hingerichtet, nachdem sie sich im Vertrauen auf erlassene Amnestien den Behörden gestellt hatten.

Zehntausende Kurden flohen im August 1988 aus Irak, um verheerenden Giftgas-Angriffen der irakischen Armee auf kurdische Dörfer im eigenen Land zu entkommen. Allein das Bombardement der Stadt Halabdscha kostete seinerzeit über 5.000 Menschenleben.

Nach wie vor leben schätzungsweise 27.500 Kurden in Flüchtlingslagern im Südosten der Türkei. Ihre rechtliche Situation ist völlig ungeklärt. Seit den nach dem Waffenstillstand zwischen Irak und Iran erlassenen Amnestien nimmt der Druck der türkischen Regierung auf die Flüchtlinge zu, nach Irak zurückzukehren.

Im März 1990 wurde der britische Journalist Farzad Bazoft trotz internationaler Proteste hingerichtet; er war von einem irakischen Revolutionsgericht der Spionage für schuldig befunden worden. Im gleichen Verfahren war die britische Krankenschwester Daphne Parish, ebenfalls unter der Anklage der Spionage, zu 15 Jahren Haft verurteilt worden; sie kam im Juli 1990 frei. Unter Spionage-Vorwurf erfolgte im Juli 1990 auch die Hinrichtung eines Irakers schwedischer Nationalität, trotz wiederholter Appelle Schwedens an Präsident Saddam Hussein, das Urteil umzuwandeln.

Kuwait (bis 7. August 1990)

Die Hauptsorge amnesty internationals in Kuwait vor der irakischen Invasion galt der Inhaftierung Oppositioneller, unter ihnen möglicherweise gewaltlose politische Gefangene. Die meisten waren nach unfairen Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht inhaftiert worden. Berichten zufolge kam es im Gewahrsam des Staatssicherheitsdienstes mehrfach zu Folterungen. In Kuwait gibt es eine Todesstrafengesetzgebung; im Jahre 1989 wurde eine Hinrichtung vollstreckt.

Ungefähr 40 Kuwaitis, unter ihnen mindestens 30 Shi'a Muslims, sind zwischen September 1989 und Mai 1990 inhaftiert worden, manche nur für wenige Tage, andere bis zu neun Monate lang. Man warf ihnen vor, die Regierung unterminiert und deren Sturz geplant zu haben. Berichten zufolge sind mehrere von ihnen gefoltert worden, um "Geständnisse" zu erpressen. Bis auf vier Personen wurden alle im März 1990 ohne Anklageerhebung freigelassen. Die vier Männer wurden vor Gericht gestellt, freigesprochen und im Juni 1990 aus der Haft entlassen.

Im Mai 1990 nahm man zehn Kuwaitis, unter ihnen frühere Minister und Parlamentsmitglieder, fest und hielt sie mehrere Tage lang in Haft. Acht wurden beschuldigt, illegale Treffen abgehalten zu haben, und zwei sollen ohne Genehmigung Flugblätter verteilt haben. Alle zehn wurden gegen Kautionsfreigelassen und später amnestiert.

Türkei

Mehrere tausend Menschen sitzen im NATO-Land Türkei aus politischen Gründen hinter Gittern, darunter Hunderte von gewaltlosen politischen Gefangenen. Politische Verfahren vor türkischen Militär- und Staatssicherheitsgerichten entsprechen nicht im entferntesten den international anerkannten Standards für ein faires Gerichtsverfahren. Landesweit wird beim Verhör und in der Haft gefoltert, und dies so rückhaltlos, daß bereits mehrere Personen an den Folgen der körperlichen Tortur gestorben sind. amnesty international liegen zahlreiche Berichte Gefolterter vor, die von ärztlichen Attesten untermauert werden und beweisen, daß Folter in der Türkei systematisch angewandt wird.

Besonders gravierende Menschenrechtsverstöße registriert ai seit Jahrzehnten in den kurdischen Gebieten. In der Türkei - vornehmlich im Südosten des Landes, wo acht Provinzen unter Notstand stehen - lebt eine etwa zehn Millionen Menschen zählende kurdische Minderheit, die keine Anerkennung findet. Das Recht auf eine kulturelle Identität haben ihnen aufeinanderfolgende Regierungen versagt; in der Öffentlichkeit ist es verboten, Kurdisch zu sprechen. Zwar ist die kurdische Frage in den vergangenen zwei Jahren in der Presse und auf öffentlichen Veranstaltungen weitaus offener diskutiert worden als früher, doch wird mitunter hart gegen Organe und Veranstalter vorgegangen, die sich kritisch mit der kurdischen Unterdrückung in der Türkei auseinandersetzen.

Immer wieder werden aus den kurdischen Gebieten Folterungen und Mißhandlungen in Haft gemeldet, die sich seit dem Militärputsch im Jahre 1980 gemehrt haben. Seit kurdische Untergrundkämpfer, Mitglieder der "Kurdischen Arbeiterpartei" (PKK), im August 1984 zum bewaffneten Kampf übergegangen sind, dringt aus den Provinzen im Osten und Südosten der Türkei eine alarmierende Zahl von Meldungen über die Mißhandlung von Gefangenen an die Öffentlichkeit. Verantwortlich für diese Menschenrechtsverletzungen sind die Sicherheitskräfte.

Als Reaktion auf die verschärfte Lage in den kurdischen Gebieten gab die türkische Regierung im Frühjahr 1990 die Dekrete 424 und 425 heraus, die die zuvor schon außerordentlichen Machtbefugnisse der Gouverneure von Notstandsgebieten noch erweitern, die Pressezensur verschärfen und das Strafmaß für separatistische Aktivitäten verdoppeln. Ankara zog sich im August 1990 zudem offiziell von den Artikeln 5, 6, 8, 11 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention zurück, die den Bürgerinnen und Bürgern der Unterzeichnerstaaten ein Recht auf Freiheit und Sicherheit, einen Anspruch auf rechtliches Gehör, die Achtung von Familie, Heim und Briefverkehr sowie Versammlungsfreiheit garantieren.

Die Türkei hat die Europäische Antifolterkonvention am 25. Februar 1988 ratifiziert. Am 2. August 1988 ratifizierte sie außerdem das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die Folter. Gegen beide Konventionen wird in der Türkei tagtäglich verstoßen.

Sorge bereitet auch die Todesstrafengesetzgebung in dem Land. Im November 1990 belief sich die Zahl der zum Tode verurteilten Personen, die alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben, auf 315. Die Todesurteile liegen dem türkischen Parlament zur Bestätigung vor. Einige der Gefangenen befinden sich bereits seit über zehn Jahren in Haft. Die Mehrzahl von ihnen wurde wegen politisch motivierter Vergehen verurteilt.

Seit der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1978 wurden die meisten Todesurteile von Militärgerichten verhängt. Obwohl das Kriegsrecht im Juli 1987 aufgehoben wurde, verhängen zivile und Militärgerichte weiterhin die Todesstrafe. Zwar wurde die Zahl der Todesstrafendelikte von 29 auf 13 reduziert, die Änderungen betreffen jedoch nur Bestimmungen, die in der Praxis kaum jemals Anwendung fanden.

Seit 1984 wurden in der Türkei keine Hinrichtungen mehr vollstreckt, doch wurden gerade in jüngster Zeit wieder Stimmen laut, die eine Diskussion über die Frage der Vollstreckung von Todesurteilen neu entfachten. Das Leben der Menschen, deren Todesurteile dem Parlament zur Annahme vorliegen, ist erst dann gesichert, wenn ihre Urteile in Haftstrafen umgewandelt werden.

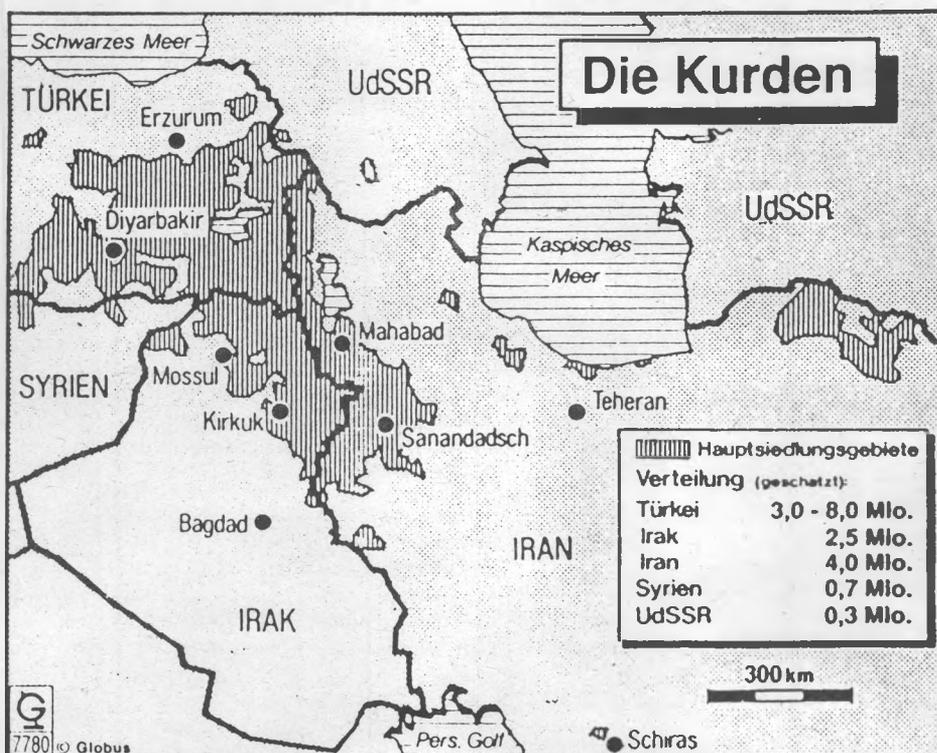
KURDISTAN:

Geschichte Kurdistans (dtv Brockhaus)

In Mittelalter und Neuzeit lebten die Kurden in zahlreichen feudalen Lokalfürstentümern. Ihre Zugehörigkeit zum Osmanischen und Persischen Reich war selten mehr als nominell. Im 20. Jahrhundert entwickelte sich eine kurdische Nationalbewegung. Unter dem Schutz sowjetischer Truppen im nördlichen Iran bestand dort 1945 - 46 die Volksregierung von Mahabad. Unter Führung M.M.al Barsanis kämpften (1961 - 70; 1973 - 75) die Kurden in Irak für ein eigenes und selbstständiges Gemeinwesen. Nach einem ersten Autonomievertrag (1966) kam es 1970 zu einem zweiten, der 1974 in Kraft trat. Der 2. Aufstand brach 1975 zusammen, nachdem die iranische Regierung ihre Hilfe für die Kurden in Irak eingestellt hatte. Gewaltsame Autonomiebestrebungen scheiterten 1980 in Iran.

Bevölkerungssituation laut :
 "Kurden Heute" Europa Verl.
 2. Ausgabe 1990

Türkei	ca. 8 Mio. (ca.20%)
UdSSR	ca. 300.000
Iran	ca. 5 Mio.
Syrien	ca. 1 Mio.
Irak	ca. 3 Mio.
Libanon	}
Israel	} gesamt
Jordanien	} ca. 200.000
Afghanistan	}



Die Geschichte Kurdistans

Seit mehr als 2000 Jahren leben die Kurden in dem Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris, fast ebenso lange sind sie — ein Volk an der Nahtstelle Kleinasiens und Asiens — im Durchzugsgebiet zahlreicher Feldzüge und Völkerwanderungen gezwungen für ihren Verbleib in diesem Landstrich zu kämpfen.

Immer wieder von verschiedenen arabischen Stämmen erobert und belagert, im 17. Jahrhundert zum ersten Mal auf das osmanische und persische Imperium aufgeteilt, hatte das kurdische Volk selbst nie entscheidende Veränderungen erfahren: während die kurdischen Stammes- und Klanführer ihre Steuern an immer andere Herren zahlten, ging das Leben der kurdischen Nomaden weiter seinen Gang — jenseits aller Zeitrechnung.

Das änderte sich erst im 19. Jahrhundert, als die jungen Industriestaaten ihre Fühler in den Mittleren Osten ausstreckten.

Die Aufteilung Kurdistans

Der erste Weltkrieg brachte den Untergang des osmanischen Imperiums mit sich; in der Mittel-Ost-Region entstand daraufhin ein Machtvakuum, das nur darauf wartete, von den Siegermächten gefüllt zu werden. In Lausanne, 1923, wurden nicht mehr von Padschahs, sondern von englischen Herren im dunklen Anzug mit Zeichenstift und Lineal Staaten wie Syrien und der Irak aus der Taufe gehoben. Die Kurden waren zu der Konferenz schon gar nicht mehr eingeladen: ihr Gebiet wurde auf die beiden traditionellen Besatzungsmächte Iran und Türkei sowie auf die beiden neuen Staaten Syrien und Irak aufgeteilt.

Diese erneute und bis heute andauernde Eroberung Kurdistans hatte ganz ohne Krieg mit einer Reihe an Unterschriften stattgefunden. Der nationale Widerstand der Kurden ist in kei-

nem der vier Teile jemals abgerissen, das einzige, was die kurdischen Führer gegenüber einer riesigen militärischen Übermacht in die Waagschale zu werfen hatten war etwas, über das gerade die neuen synthetischen Staaten nicht verfügten: die absolute Zusammengehörigkeit und Loyalität des kurdischen Volkes.

Entstehung der »Kurdischen Bedrohung«

Die Existenz der Kurden schlichtweg zu negieren, war fortan Strategie aller vier Zentralstaaten. Überall war die Kurdenfrage zum Profilierungsinstrument der neu gegründeten Regierungen geworden: eine Frage, in der keine Kompromisse mit kurdischen Forderungen nach Autonomie oder Unabhängigkeit möglich waren.

Im türkischen Teil Kurdistans kam es immer wieder zu Aufständen, die mit äußerster Brutalität niedergeschlagen wurden. Der bekannteste dieser Aufstände, die »Scheich-Sait-Rebellion« in den 20-er Jahren, konnte nur mit Hilfe der damals noch in Syrien stationierten französischen Besatzungstruppen niedergeschlagen werden.

Im Iran schien die kurdische Bewegung in den darauf folgenden Jahren ihren Ziel näher denn je zu sein: Im Januar 1946 wurde in Mahabad — im heutigen Nordiran — eine kurdische Republik ausgerufen. 11 Monate dauerte dieser Traum, der nur unter der Schutzherrschaft der UdSSR möglich gewesen war. Dann arrangierte die UdSSR sich mit dem Iran und Mahabad wurde zerstört.

Im Irak war es der kurdischen Bewegung bis 1975 gelungen, weite Gebiete unter ihre Kontrolle zu bekommen — wobei auch sie sich auf Unterstützung »von außen«, d.h. vom Iran verlassen mußte.

1975 war es wieder ein Vertrag, der den Kurden das Genick brach: in Algier einigten sich Iran und Irak und die kurdische Führung kapituliert.

Widerstand gegen ein vielköpfiges Ungeheuer

Kurz nach der Kapitulation kehrten die ersten Guerilla-Einheiten, später dann auch Bauern, in die Gebiete im Nordirak zurück. Bis 1980 waren wieder von Kurden kontrollierte Zonen entstanden.

In der Türkei hatte sich in den 70-er Jahren eine breite kurdische Bewegung entwickelt, die erstmals auch Ideen wie ein Kurdistan ohne Aga's oder Landreform aufwarf und diskutierte. Dort konnte nur der Militärputsch von 1980 dieser Bewegung Einhalt gebieten, im Irak waren es die C- und B-Waffenangriffe des Saddam Regimes.

Kurdischer Widerstand, der bis heute andauert, unterschieden, verbissen, widersprüchlich.

Immer wieder ist das Volk in den Bergen Opfer von Verträgen und Bestimmungen über seinen Kopf hinweg geworden.

Immer wieder hatten seine Führer gehofft, sich den Rücken zu stärken, sich mit einer Schutzmacht verbünden zu können.

Scheich Sait wurde von französischen Truppen besiegt, Mahabad nach dem Entzug der sowjetischen Unterstützung gestürzt, die Türkei erhielt für ihren Putsch die tatkräftige Unterstützung der NATO-Staaten.

Der kurdische Widerstand geht weiter. Angefangen hatte dieser der Sage nach mit dem kurdischen Schmied Kawa dem es gelang, den Tyrannen, der jedes Jahr eine kurdische Frau als Opfer forderte, zu ermorden. Als Signal, daß ihm seine Tat gelungen war, zündete er ein großes, im ganzen Land sichtbares, Feuer an.

Doch die Macht, der sich Kawas Nachfolger heute gegenüber sehen, hat viele Köpfe und viele Gesichter. Kawas Erben reicht es heute nicht mehr, so mutig zu sein wie Kawa, sagte ein alter kurdischer Kämpfer.

medico

International

Obermainanlage 7
6000 Frankfurt am Main 1

Telefon 069 / 4990041

Nazi - Aktivist in Darmstadt

Warum dieser Artikel in dieser Zeitung, werdet ihr euch fragen

Anlaß ist die Palästina-Veranstaltung des Aktions-Forums vom 15.2. Dort trat Otmar Ganz als Zuhörer und Mitdiskutierer auf. Er wurde von AntifaschistInnen angemacht und sie versuchten ihm das Reden und die Anwesenheit zu untersagen. Für viele war das Warum nicht klar, obwohl gesagt wurde, daß er ein Nazi und Faschist ist. Uns war unverständlich, warum die meisten nicht nachfragten und nichts genaueres über ihn und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wissen wollten. Ganz zum Ende, als Otmar Ganz sich schon verpißt hatte, wurden die Vorwürfe erläutert, was aber die wenigsten dann noch interessierte. Wir waren erschrocken über diese "Toleranz" und die ach so tolle Pluralität, die Geschichtslosigkeit einer Anti-Kriegsbewegung und die Unfähigkeit, über den eigenen Politik-Tellerrand zu schauen. Deshalb entstand dieser Artikel, zusammengestellt aus Material der Broschüre "Lebendiges Darmstadt, Faschisten und ihr Umfeld" von 1979.

Sicher, alles lange her, aber Otmar Ganz ist weiter und immer noch aktiv. Als bei der Europawahl 1989 die DVU auf dem Luisenplatz in Darmstadt unter Bullenschutz eine Kundgebung machte, war Otmar Ganz dabei und vertrat übelste rassistische und ausländergefeindliche Positionen, auch und gerade AusländerInnen gegenüber, bis er (wieder) erkannt und verjagt wurde.

Die Palästina-Veranstaltung wird nicht die letzte gewesen sein, wo er war, und er war unseres Wissens auch nicht allein. Otmar Ganz Auftritt muß in Zusammenhang gesehen werden mit offiziellen Verlautbarungen faschistischer Gruppen und Parteien. So warb ein Plakat der REP's zur Bundestagswahl '90 gegen den Einsatz von

Bundeswehrtruppen am Golf "Keine Söldnerarmee für die Multis". Die Kühnen Truppe stellte Freiwillige zusammen zur Unterstützung des Irak und zum Kampf gegen die Alliierten und Israel.

Der Artikel enthält, zum Verständnis nicht nur Material zu Otmar Ganz. Da er viele Kontakte hat, an dieser Stelle auch einige Informationen zu seinen "Freunden und Gesinnungskameraden". Diese Informationen sind wichtig um sich ein Bild vom Umfeld von Otmar Ganz machen zu können. Aber auch, um der fälschlichen Annahme zu begegnen, daß Otmar Ganz nur ein kleines Würstchen sei und womöglich mit Argumenten und Gesprächen doch noch ein "guter Friedensfreund" werden könne.

Deshalb die Warnung vor ihm und seinen "Kameraden". Augen auf und keinen Dialog mit den Nazi-Propagandisten! Schlagt die Faschisten wo ihr sie trifft!

Trefft die Faschisten wenn ihr sie schlagt!

Hoch die internationale Solidarität!


autonome antifa

Otmar Ganz



Otmar Ganz, Seeheim,
Tel.: 06257/82183
Sandstr.77

Viele kennen ihn (z.B. von seinen Auftritten am Weißen Turm und an Infoständen) - Otmar - vor dem das Regionalblatt Nr. 2 Febr.79 mit einem Bild und folgendem Text warnte:

"Dieser smarte Herr ist Neofaschist und Mitglied der faschistischen Röder-Bande. Er schleicht in Darmstadt rum und versucht Jugendliche für die Faschisten zu gewinnen."

Denn er es dabei nicht bewenden läßt, sondern eine weitaus tragendere Rolle in der Faschisten-szene in Südhessen, bzw. in der BRD einnimmt, wollen wir versuchen, mit der folgenden Aufstellung seiner bekannten und belegbaren Auftritte zu beweisen.

Nazi - Aktivist in Darmstadt

Otmar Ganz und M. Roeder wurden im Juni 75 wegen "Verunglimpfung der Alliierten" zu 1000DM bzw. 2000DM Geldstrafe verurteilt. Sie hatten am 25./26.4.74 zu Hess'80. Geburtstag nach Westberlin aufgerufen. Etwa 50 Faschisten (Roeder-Bande, "NS-Kampfgruppe Mainz", NPD) beteiligten sich an den Krawallen, wegen derer sie dann verurteilt wurden (Christophersen ging straffrei aus). Roeder und Ganz wurden im Gerichtssaal Ovationen in Form von Nazi-Grüßen durch zwei Dutzend Gesinnungsgenossen vom "Bund heimatreuer Jugend" und von der NPD dargebracht. (FR 4.6.75) Beim Roeder-Prozeß am 19. und 23.2.76 in Darmstadt kommt es zu Schlägereien, als Faschisten sich auf Demonstranten stürzten. Im Gerichtssaal selber kommt es zum Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes ("Deutschland über alles") und einem Kampflied aus alten Nazi-Zeiten, in dem es unter anderem heißt: "Ladet die blanken Gewehre, schießt auf die Vaterlandsverräter, nieder mit der Judentyranei." Otmar Ganz und Thies Christophersen -Verfasser des Hetz-Buches "Die Ausschwitz-Lüge"- waren mit von der Partie. Roeder war angeklagt wegen Volksverhetzung und Beleidigung. Das Urteil 7 Monate Gefängnis auf Bewährung und 3000 DM Geldstrafe kam einem Beinahefreispruch gleich, was dann auch von den Nazis gebührend gefeiert wurde. Ermuntert durch den Beinahe-Freispruch des Gerichts schritten die Faschisten sogleich nach Verhandlungsende frisch zur Tat: Vor dem Gericht hatten sich ca. 30 Antifaschisten zu einer Gegenkundgebung versammelt, um ihren Protest gegen die Faschisten zum Ausdruck zu bringen. Roeder und seine Kumpanen stürzten sich kurzerhand auf die Transparente der Antifaschisten und zettelten eine Schlägerei an. Anschließend gröhnten die aus der ganzen BRD angereisten Faschisten - darunter Erwin Schönbom und sein "Kampfbund Deutscher Soldaten" aus Frankfurt, sowie Otmar Ganz- auf dem Mathildenplatz unter "wehenden Reichsfahnen" Nazilieder. (Zitat: siehe oben), bis es zu einer weiteren Schlägerei mit der Polizei kam.

Der Darmstädter Faschist beteiligte sich mit Roeder am 19.2.77 in Itzehoe mit einem Trupp von Faschisten an der Anti- AKW-Demo. Provokation auf der einen Seite und Versuch, in der Anti-AKW-Bewegung Fuß zu fassen auf der anderen Seite.

Im Mai 77 beteiligte er sich am "Reichstag zu Regensburg". Roeder und sein Anhang wurden dabei von einigen Schlägertypen der aus Nürnberg stammenden Wehrsportgruppe Hoff-

mann in Nagelstiefeln und uniformähnlicher Kleidung geschützt. (Die Woche, 26.5.77)

Seine Beteiligung läßt sich durch den Film "Nazi's - gibt's die noch (Basis Filmverleih) nachweisen. In dem Film bezeichnet sich Otmar Ganz auch als Horst Wessel.

Am 10.9.77 schlug der Nazi und Roeder-Freund in Darmstadt am weißen Turm zwei Rechtsanwälte nieder, nachdem die beiden ihn wegen seiner Volksverhetzenden Parolen angesprochen hatten. Otmar Ganz hatte unter anderem behauptet, daß " die Juden selbst die KZ's in Dachau und Ausschwitz gebaut hätten." und bekundete seine Sympathie für das Hitler-Regime und bezeichnete sich selbst als Nationalsozialist. (DE 9.11.78)

Im Prozeß im November 78 verurteilte ihn dann ein Darmstädter Gericht zu 7 Monaten auf Bewährung und 600 DM Geldstrafe.

Das Anpöbeln von Besuchern des Berufsverbotskongresses zusammen mit Mitgliedern der Wiking-Jugend am 27./28.1.78 in Darmstadt.

Das Dabeisein auf fast allen versuchten und stattgefundenen NPD-Kundgebungen in Darmstadt.

Diese Fakten bzw. Daten belegen, daß Otmar Ganz keineswegs ein Einzelgänger sprich harmloses Polit-original ist, sondern, daß es sich bei ihm um einen nicht zu unterschätzenden Faschistenkader im Geflecht der rechtsradikalen Organisationen, Gruppen, Einzelpersonen und kriminellen Nazi-banden handelt.

Mehr zu diesem Thema in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung. Hierbei soll es vor allem um das Umfeld von Otmar Ganz gehen.

Otmar Ganz als Redner der NPD am 3.10.78 in Darmstadt unter dem Schutz von Bullen und der Wiking Jugend.



Gedanken zu Krieg und Gewalt

Ich bin keine gewaltfreie Frau. Wenn ich angegriffen werde, schlage ich zurück. Hier und jetzt ist es nötig, gegen meine Unterdrückung zu kämpfen, gegen die männlichen Spielregeln in meinem Alltag. Auch die gewaltsame Auflehnung eines Volkes gegen seine Unterdrücker ist eine notwendige und "gute" Gewalt. In beiden Fällen gilt es, gegen schon vorhandene, allumfassende Gewalt anzugehen. Ich bezeichne sie als weibliche Gewalt.

weibliche Gewalt = befreiende Gewalt der Unterdrückten.

Als männliches Gegenstück bezeichne ich die allumfassende, endlose, allein herrschende Gewalt der Unterdrücker. *Nach dem Motto: Macht euch die Erde untertan.*

Die Früchte weiblicher Gewalt sind eine gewaltfreie, gleichberechtigte Gesellschaft, in der Raum für alle ist. Leider sieht es in der Praxis so aus, daß sich in einem Befreiungskampf und danach immer auch männliche Gewalt breit macht (Machtstreben, Unterdrückung der Frauen, etc.).

Weiblichkeit und Männlichkeit sind keine Begriffe, die ich zwangsläufig den jeweiligen Geschlechtern zuordne. Beispiel: Seit Jahren arbeite ich in einem typischen Männerberuf (Maureen) und habe dadurch eine gehörige Portion Männlichkeit in mir entdeckt und gefördert – blindes Durchsetzen

meines Willens, Vor-mir-hertragen eines durchaus übertriebenen Egos, Raumeinnehmen. Das sind männliche Attribute, die ich für mich nutze.

Und was ist mit der Weiblichkeit bei den Männern? Da sehe ich immer dann eine Chance, wenn sie nachgeben, wenn sie zuhören, sich auf eine weibliche Logik einlassen, weg vom 8 Std Tag mit Heim- und Herdideologie, wenn sie etwas anderes mit ihrer Kraft anfangen als "Fortschritt, komme was wolle".

Dieser Krieg ist genau die Form von Gewalt, die ich ablehne. Eben nicht ein Befreiungskrieg, sondern ein Krieg, um allumfassende, allein herrschende Macht zu zementieren und auszubauen – auf beiden Seiten.

Der von Bush propagierte Kampf für eine Neue Weltordnung ist erstens nichts anderes als die alte Weltordnung in neuem Mäntelchen – nämlich

westliche Industrienationen mit den USA an der Spitze sind Herren über Leben und Tod im Rest der Welt – und zweitens eine schöne Geschichte, die den Mythos des Befreiers US-Amerika aufrecht erhalten will. In den USA haben Filme aus Hollywood wie Apokalypse Now, Rambo, etc. die Geschichtsschreibung übernommen. In diesen Filmen verteidigen die USA die Freiheit an sich und sind GI's die Helden im Kampf gegen dumme asiatische

Untermenschen, die von bösen, bösen russischen Kommunisten verführt wurden. Realität in Vietnam waren mindestens 1,5 Millionen Tote und ein Land, zerstört durch riesige Mengen "konventioneller" und chemischer US-Waffen.

Der Quatsch über die Neue Weltordnung macht genau da weiter, wo Rambo in Vietnam aufgehört hat. Der Krieg wird zum sauberen Medienspektakel, das durch einen reißerischen Titelvorspann und einer von der Zensur völlig ausgehöhlten und verfälschten Berichterstattung zur Rambo-Aufräumaktion verdreht wird. Heute sind es islamische Horden, undefinierbare, böse, unsere Freiheit bedrohende Fanatiker. Realität im Irak wird sein: unzählige Tote und riesige Zerstörungen durch "konventionelle" Waffen. Ausserdem sind beide Seiten zum Einsatz atomarer und chemischer Waffen bereit.

Den USA geht es nie und nimmer um die Freiheit der Völker, sondern darum, durch diesen Krieg abzulenken von gravierenden Mißständen und Unruhen im eigenen Land und um die Wiedererlangung der sehr wacklig gewordenen Weltmachtstellung.

Wer auch nur einen Finger krümmt für diesen Krieg oder den Kopf in den Sand steckt, macht sich mitschuldig am Erhalt der längst überfälligen in die Katastrophe führenden männlichen Gewalt.

Männer, steht zu eurer Weiblichkeit, verweigert!

- 21.1. 6 Kinder bei Raketenangriff afghanischer Widerstandskämpfer auf Kabul getötet.
- 21.1. USA und Großbritannien boykottieren Beschluß über Atomteststopps und ebenfalls eine Nachfolgekonferenz.
- 25.1. Ökologische Katastrophe nach Anschlag der kolumbianischen Guerilla ELN auf Hauptölpipeline befürchtet. Flüsse und Reisfelder dauerhaft zerstört.
- 28.1. US-Fluggesellschaft Pan Am transportiert keine Iraker mehr in Flugzeugen.
- 28.1. Bayern weist Kurden in Kriegsregion aus. Ihre Heimatstadt im Dreiländereck Syrien, Irak, Türkei ist von der Bevölkerung verlassen worden.
- 31.1. Atomgesetzänderung: In Zukunft mehr Macht für die Bundesregierung gegenüber den Landesregierungen (siehe Gorleben, Schacht Konrad, Schneller Brüder, Anm.d.Red.), Privatisierung der Endlagerung (z.B. in solche Hände wie "Transnuklear", Anm.d.Red.)
- 31.1. USA liefert Flugzeuge an El Salvador als Ersatz für die von der Guerilla zerstörten.
- 1.2. Ältestes AKW Kahl wird weiter abgerissen. Niemand weiß, wohin mit dem radioaktiven Müll.

- 1.2. Asylunterkunft im brandenburgischen Eisenhüttenstadt von 40 Vermummten angegriffen.
- 6.2. Warnung vor Verzehr von Kopf- und Feldsalat wegen zu hohem Nitratgehalt.
- 7.2. Saarländisches Frauenministerium nach 1 Jahr aus Kostengründen abgeschafft. Demnächst in der Regierung Lafontaine nur noch 1/4 Frauen.
- 7.2. Der Etat für das amer. Raketenabwehrprogramm SDI soll um fast 100%, von jetzt 2,9 Mrd. auf 5,2 Mrd. Dollar 1992, erhöht werden.
- 8.2. Wegen Schweinepest in NRW bisher 593 Bestände gesperrt. Ausbreitung auch weitflächig in Niedersachsen.
- 8.2. Bananenkrieg in Honduras zwischen Chiquita und Bananenbauern. Chiquita zahlt 1 Cent pro Pfund, eine englische Firma bietet 8 Cent; Chiquita besteht auf Vertrag.
- 8.2. Regierung Sri Lankas fordert Zivilisten auf Halbinsel Jaffna zu verlassen. Bald Großoffensive der Regierungstruppen gegen Befreiungstiger Tamil Elam LTTE geplant.

IM SCHATTEN DES GOLFKRIEGS

12.2. "Organisation der nicht vertretenen Nationen und Völker", UNPO, gegründet. U.a. von Lettland, Tibet und Kurden ersterunterzeichnet.

12.2. 500.000 Menschen bisher vor Bürgerkrieg in Liberia in die Nachbarländer geflüchtet.

16.1. USA wollen salvadorianischen FMLN-Guerillaführer Villalobos entführen und in USA vor Gericht stellen. (2 über El Salvador abgeschossene Piloten eines amerikanischen Militärschrauber waren von FMLN getötet worden)



inhalt

UN Resolutionen	2
Rüstung und Krieg	4
Raus aus dem Land oder in die army	4
Die Lösung	6
Sieben falsche Beschreibungen	7
Gibt es einen gerechten Krieg	8
Friedensaufruf... ..	9
Widerstand	10
Internat. Kurzmeldungen	12
Krieg	14
Einkaufstips	16
Vorgeschichte des Irak/Kuwait Konfliktes	20
Erklärung der irakischen Opposition	21
Golfkonflikt und Menschenrechte ..	21
Kurdistan	23
Geschichte Kurdistans	24
LeserInnenbrief	25
Gedanken zu Krieg und Gewalt	27
Im Schatten des Krieges	27

Kurdistan - Veranstaltung:
Vernichtungskrieg in Kur-
distan - KurdInnen berich-
ten über Hintergründe und
die aktuelle Situation.
Fr. 1.3. 91, 19.30 Uhr
Köhler - Saal, altes TH
Hauptgebäude

StA EFM D 12
Friedensforum
Köhlerstr. 30a
60615 Darmstadt

Termine

Darmstädter Termine

tägl.	0.00- 24.00	Mahnwache am Kennedy- Haus, Rheinstr./Kasinostr.
Do.	18.00	Kundgebung und DEMO, Luisenplatz
Sa.	10.00-14.00	Infostände auf dem Ludwigsplatz
Do.	20.00	Plenum des Aktionsforums, Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr.38
Di.	18.00	Koordinationsausschuß. im "Platz da", Ludwigshöhstr.34
So.	17.00	Koordinationsausschuß ,s.o.
HEUTE !!	20.00	Plenum des Aktionsforums

Mo - Fr.	7.00+19.00	Friedensgebete in der Stadtkirche
tägl.	12.00	Mittagsgebet in der Kreuzkirche
	19.30	Friedensgebet in der Auferstehungs- kirche, Da.-Ahr.

Jeden 2. + 4. Mittw. im Monat: offener
Gesprächskreis zu christl. Fragen den
Krieg betreffend, Stadtjugendpfarramt,
Kiesstr. 16 Darmstadt

Jeden Freitag von 17h - 17.30h
Schweigekreis für den Frieden auf
den Luisenplatz, Darmstadt

Veranstaltungsreihe des Aktionsforums

Fr. 1.3.	20.00	Thema: "Kurdistan" (mit (mit Vertretern aus Kurdistan)
Fr. 5.4.	20.00	Veranstaltung mit Felicia Langer (israelische Anwältin) beide Veranstaltungen im AUDI-MAX, Th
Do.28.2.	20.00h	Dialog-Abend mit dem jüdischen theologen Ehepaar Prof. Dr. Pinchas und Ruth Lapide "Kann man seine Feinde lieben? - Ist die Bergpredigt noch aktuell?", Gemeinde-Zentrum Kreuz-Kirche
Do.21.3.	20.00h	Gedenken an Oskar Romero (mit Mitarbeitern des Radio Venceremos) Gemeinde-Zentrum Kreuz-Kirche

Sa. 2.3. 91 von 10h bis 20h KHG
Nd. - Ramstädter str. 30a, "Gerech-
ter Krieg - heiliger Krieg", ein
christlich / muslimischer Dialog.